Privilegirte Schlesische Zeitung.

№ 281. Breslau, Dienstag den 1. Dezember. 1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Inland.

Berlin, 19. Novbr. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem kaiserl. österreichischen General-Major Chevalier **Rousseau d'Happoncourt** den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern zu verleihen; und den Rittergutsbesitzer Friedrich Eduard Ludwig **Wolff** zu Krischa bei Reichenbach in der Ober-Lausitz in den Adelstand zu erheben; so wie den Land- und Stadtgerichtsrath **Leyser** zu Erfurt zum Rath bei dem Ober-Landes-Gerichte zu Marienwerder zu ernennen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant v. **Reyher**, Director des allgemeinen Kriegs-Departements, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Majestät dem Könige von Würtemberg ihm verliehenen Friedrichs-Ordens; so wie dem General-Major v. **Jenichen**, Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspection, des von des Königs von Schweden Majestät ihm verliehenen Großkreuzes 2ter Klasse des Schwert-Ordens zu ertheilen.

Der bisherige Ober-Landes-Gerichts-Assessor **Goldschmidt** in Frankfurt a. d. O. ist zum Justiz-Commissarius bei dem Kammergerichte und zugleich zum Notar in dem Departement dieses Collegiums ernannt worden.

Se. Excellenz der kaiserl. österreichische Wirkliche Geheime Rath und Gouverneur von Steyermark, Graf v. **Wickenburg**, ist von Wien hier angekommen.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen in der Armee. v. Fehrentheil II., Sec.-Lt. vom 2. Ulan.-Rgt., bei der 11. Kav.-Brig., Baron v. Rheinbaben, Pr.-Lt. vom 1. Kür.-Rgt., von der 11. Kav.-Brig. als dienstl. Adjutant zur 9. Div. versetzt. Abschiedsbewilligungen: v. Ehrenberg, Sec.-Lt. vom 6. Inf.-Rgt., als Pr.-Lt. mit dem bedingten Anstellungs-Anspruch und Pension der Abschied bewilligt. v. Uechtritz-Steinkirchen, Sec.-Lt. vom 1. Kür.-Rgt., scheidet aus. v. Lilienhoff-Zwowitzki, Pr.-Lt. vom 23. Inf.-Rgt., als Hauptm. mit der Rgts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension, v. Keöszeghy, Major vom 3. Drag.-Rgt., als Oberst-Lieut. mit der Unif. des 3. Hus.-Rgts. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension der Abschied bewilligt. v. Borcke, Oberst-Lieut. u. Cmdr. des 2. Garde-Ulan.-(Ldw.-)Rgts., als Oberst mit der Rgts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. und Pension der Abschied bewilligt. Bei der Landwehr: Steinbrück, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 10. Rgts., der Abschied bewilligt.

† **Berlin**, 27. Novbr. — Wir sind heute im Stande, einige genauere Mittheilungen über den Erfolg der Breslauer Deputation in Angelegenheiten des schlesisch-preußischen Handels mit Krakau zu machen, wodurch unsere in der gestrigen Correspondenz aufgestellte Ansicht zum Theil berichtigt wird. Die genannte Deputation hat in diesen Tagen hier bei mehreren der Herren Minister Audienzen gehabt, wie bei den Herren Rother, Bodelschwingh und Canitz, und gestern ist ihr die Ehre zu Theil geworden, dem Könige vorgestellt zu werden, um ihre Bitten und Anträge persönlich vorzubringen. — Aus dem, was man von den Unterhaltungen der Deputirten mit den genannten Ministern aus glaubwürdiger Quelle erfährt, geht wohl zur Genüge hervor, daß bei dem schnell ausgeführten Entschluß, das Gebiet des Freistaates Krakau der österreichischen Monarchie einzuverleiben, kaum an die Handelsverhältnisse, in welchen Preußen seither zu jenem Freistaate stand, gedacht worden ist, und daß man höhern Orts auch vielleicht keine Vorstellung von der Wichtigkeit dieser Handelsverhältnisse gehabt habe. Erst durch die neueste Wendung der Dinge und dadurch, daß in Folge derselben die Provinzial-Behörden sowohl, als die davon betroffenen diesseitigen Kaufleute mit ihren Kenntnissen über diese wichtigen Handelsbeziehungen öffentlich hervorgetreten sind, ist die richtige Ansicht darüber auch hier gewonnen worden. Auf Grund dieser Aufklärung läßt sich nun wohl erwarten, daß alles nur Mögliche geschehen wird, um die Nachtheile abzuwenden, welche unter Umständen für den diesseitigen Handel die Einverleibung Krakau's haben könnte. Eine dahin lautende Versicherung sollen die Breslauer Deputirten von Sr. Maj. dem Könige erhalten haben und zugleich aufgefordert worden sein, ein ausführliches Promemoria über die gedachten Handelsbeziehungen auszuarbeiten und den Behörden einzureichen, welches demnächst dem Regierungsrath von Kamptz, welcher als diesseitiger königlicher Commissarius bei den Verhandlungen über die ferneren Arrangements hinsichtlich der Krakauer Angelegenheiten in Wien fungiren soll, zur Grundlage der auf die Handelsverhältnisse bezüglichen Forderungen dienen könnte. Man hat von Seiten der Breslauer Deputation bei den erwähnten Vorstellungen auch darauf hingewiesen, daß bei dem bisher nach Krakau geführten Handel England nicht unbedeutend betheiligt sei und daß, wenn dieser Handel in seiner bisherigen Weise aufrecht erhalten werden könnte, dies einen Grund zur Beruhigung Englands hinsichtlich der Einverleibung Krakau's bilden möchte. Ob aber in diesem Falle eine so kleine Ursache eine so große Wirkung haben dürfte, steht wohl zu bezweifeln. Der Antheil Englands an dem Handel nach Krakau im Vergleich zu seinem ganzen Handel ist doch so winzig, daß die große Weltmacht gegenüber dem gewichtigen Interesse, welches dort Regierung und Volk an der Aufrechthaltung der Verträge hat, auf denen die heutige Gestaltung Europa's beruht, diese Rücksicht kaum in die Wagschaale legen dürfte. Welche Gestaltung diese Frage erhalten wird, muß von den in Wien zu führenden Verhandlungen abgewartet werden. Wenn man auf das Urtheil sachkundiger Männer über den möglichen Ausfall solcher Verhandlungen reflectirt, so darf man die Hoffnung auf einen für den preußisch-schlesischen Handelsstand günstigen Erfolg nicht zu hoch spannen; denn Oesterreich hat bei der ganzen Gestaltung seiner Handels- und Steuerverhältnisse ein sehr dringendes und nahe liegendes Bedürfniß, im Gebiete von Krakau weder einen freien Handelsplatz zu begründen, noch das ganze Gebiet außerhalb seiner Zolllienie liegen zu lassen, sondern es vielmehr derselben einzuverleiben und dadurch allerdings eine Art hermetische Absperrung des ausländischen Handels herbeizuführen. Ist man nun aber bei der ganzen Angelegenheit durch schnelle diplomatische Entschließung über den Hauptpunkt, die Aufhebung des Freistaats Krakau, hinweggekommen, so steht zu fürchten, daß durch neu angeknüpfte Verhandlungen, um über diesen und jenen Punkt aufs Reine zu kommen, schwerlich der Freihandel mit Krakau aufrecht erhalten werden dürfte.

△ **Berlin**, 28. Novbr. — Der mit einem zahlreichen Gefolge hier jetzt anwesende Kronprinz von Schweden hat die für ihn im königl. Schlosse in Bereitschaft gesetzten Zimmer nicht bezogen. Derselbe ist im British Hotel abgestiegen, wo dem hohen Gaste gleich nach seiner Ankunft eine Ehrenwache gestellt wurde, die derselbe aber bald darauf zurücksendete. Wegen der Hoftrauer um die zu Wien dahingeschiedene Großfürstin Marie ist dem Kronprinzen bis jetzt hier noch keine Hoffestlichkeit veranstaltet worden. — Die in den Zeitungen vom Hrn. F. v. Bülow jüngst angeregte wohlwollende Idee, daß das Wildpret, welches noch immer steuerfrei hier eingeführt werden kann und an den Tafeln der Reichen nur verzehrt wied, nun auch zum Besten der ärmeren Klassen einer Steuer unterworfen werde, hat auch höheren Orts großen Anklang gefunden. Es soll sich demzufolge auch bereits eine Kommission mit dieser Angelegenheit beschäftigen. — Der in einer General-Versammlung der Gladbach-Aachener Eisenbahn-Gesellschaft jüngst gefaßte Beschluß, gedachte Eisenbahn, worauf erst 1 pCt. eingezahlt ist, trotz der gegenwärtigen Geldkrisis und dem jetzt herrschenden Mißtrauen zu Eisenbahnen überhaupt, doch weiter zu bauen, kommt den hiesigen Actionairen ganz unerwartet. — Welche Wichtigkeit man auch höheren Orts der Entscheidung der Kölner Jury in dem famösen Kassetten-Diebstahle beizulegen schien, dürfte daraus zu entnehmen sein, daß die Freisprechung der Angeklagten durch den Telegraphen hier mitgetheilt wurde. In Privat-Angelegenheiten hat bis jetzt bei uns noch nie der Telegraph benutzt werden dürfen. — Der berühmte niederländische Geschichtsmaler, de Keyser, befindet sich jetzt hier, um Sr. Maj. das bei ihm bestellte Oelbild „Rubens in seiner Werkstatt" zu übergeben. Erwähnter Künstler hat sich hier auch Seitens seiner Kunstgenossen einer sehr schmeichelhaften Aufnahme zu erfreuen. — Der Centralvorstand der hiesigen jüdischen Reformgenossenschaft wird mit dem Jahre 1847 eine Monatsschrift für Reform des Judenthums herausgeben. — Bekanntlich ist noch unter Leitung des verstorbenen General-Postmeisters v. Nagler eine Postreform ausgearbeitet werden, die mit dem 1. Januar 1847 ins Leben treten sollte. Herr v. Schaper, der Nachfolger des Hrn. v. Nagler, konnte sich aber mit den in gedachter Postreform vorgefundenen Grundsätzen nicht einverstanden erklären, weil sie noch zu wenig den Fortschritten der Zeit entsprechen. Demnach soll Alles bei der Post noch so lange beim Alten bleiben, bis eine neue Postreform unter Hrn. v. Schaper ausgearbeitet, und solche dann vom Könige bestätigt sein wird. — Den hier anwesenden Breslauer Deputirten ist es auch vergönnt gewesen, eine Audienz beim Könige zu erlangen. Wenn auch Oesterreich, Rußland und Preußen das Aufhören des Freistaats Krakau als ein **fait accompli** betrachten, so können wir doch aus guter Quelle versichern, daß in merkantilischer Beziehung darüber noch gar nichts festgestellt ist, und daß dieserhalb die Unterhandlungen erst beginnen sollen. Preußen will fest darauf bestehen, daß sein Handel unter dieser Einverleibung nicht leide.

(Z.-H.) Die Theuerung, Noth, unglückliche Handels-Conjuncturen, Bankerotte, gehäufte Prozesse sind freilich an der Tagesordnung; aber dieser Tage hat sich doch Etwas begeben, was lange unerhört sein mag, daß nämlich ein Schuldner, der zum Personalarrest gebracht werden sollte, nicht in das Schuldgefangenhaus aufgenommen werden konnte, weil angeblich alle Räume desselben bis über die Maßen mit Schuldnern angefüllt waren. Vielleicht hört man noch einmal ganz auf, die Leute einzusperren, weil sie andere Leute nicht bezahlen können. (Es ist nur schlimm, daß Manche freilich bloß nicht bezahlen wollen). — Die Allgemeine Zeitung war bekanntlich eine Zeit lang der unermüdliche Prophet der preußischen Reichsständefrage, die nie versiegende Quelle von stets neuen Gerüchten über die Zeit der Proclamation und über die Beschaffenheit der neuen Stände. Als sie mehrere Male falsch prophezeiht, legte sie sich selbst ein Schweigen auf. Doch ist darum nicht etwa ihr Interesse für diese Sache minder groß geblieben. So ist es mit einem Correspondenten von der Elbe, welcher sein Schreiben in der Allgemeinen mit der Wahrheit beginnt: „Daß manche Verfassungs-Entwürfe für Preußen abortiv gewesen, ist bekannt genug." Und dann erwähnt er eines solchen Abortus, eines Acht-Artikel-Verfassungs-Projectes, das von einem hochstehenden Generale herrühre. Ein Artikel sprach aus: Die Standesherren als Curie sollen das Recht des Veto haben gegen den ganzen Reichstag. Kürzlich ist, nach derselben, eine Denkschrift an eine hochstehende Person in Berlin abgegangen, mit folgenden Vorschlägen: „Oberhaus. Die jetzigen Standesherren. Zweimal so viel erwählte Rittergutsbesitzer. Bedingung der Wählbarkeit: Ererbter Besitz. Die Wähler sind dieselben Besitzer, welche die Mitglieder des Unterhauses wählen. Sechs vom Könige ernannte Glieder aus dem hohen Richterstande. Drei vom Könige ernannte Mitglieder der protestantischen Geistlichkeit. Drei vom Könige ernannte Glieder der katholischen Geistlichkeit. — Unterhaus. 150 Mitglieder. Alle erwählt. Bedingung der Wählbarkeit: Besitz eines Grundeigenthums von mehr als 5000 Thlrn. Werth

Bedingung des Rechts, Wähler zu sein: Besitz eines Grundeigenthums von mehr als 2000 Thlrn. Werth. Außerdem steht es den Städten Berlin, Königsberg, Breslau, Köln frei, je Einen Abgeordneten zu schicken, für den die Bedingung des Grundbesitzes, um wählbar zu sein, gänzlich wegfalle.

(D. A. Z.) Der Graf Westmoreland, dem die Zeitungen eine politische Mission zuschrieben, als er im October nach Wien reiste, erklärt feierlich gegen seine Bekannten, daß seine Reise durchaus der Politik fremd war und er nur alte Waffenbrüder bei dem dortigen Manöver besuchen wollte. Er scheint umsomehr jetzt zu wünschen, daß diese Erklärung öffentlich werde, damit er jeden auch noch so entfernten Verdacht der Theilnahme an der Bestimmung des Schicksals der Stadt Krakau von sich ablehne.

Köln, 24. November. (Magd. Z.) Heute Abend ward der Prozeß des Kammergerichts-Assessors Oppenheim, welcher der Entwendung einer Schatulle der Baronin von Meiendorf und der Vernichtung von Beweisdokumenten beschuldigt war, entschieden. Das Geschwornen-Gericht erkannte den Angeschuldigten für „Nicht schuldig" und sprach ihn völlig frei. Seit einer Reihe von Jahren hat kein Prozeß so viel Aufsehen erregt, als diese Schatullen-Entwendung; aus diesem Grunde war es auch nöthig geworden, die Oeffentlichkeit zu beschränken und nur eine sehr geringe Anzahl Zuhörer in den Saal zu lassen, welche überdies nur durch Erlaubnißkarten des Assisen-Präsidenten diese Vergünstigung erhielten.*) Da sämmtliche Betheiligte den sogenannten höheren Ständen angehörten, so hatte sich meistens haute volée, vorzüglich aber der Düsseldorfer Adel eingefunden, welchem die gräfl. Hatzfeld'sche Familie angehört. Die Reden der beiden Advokaten waren meisterhaft, nur ihnen, glauben wir, verdankt der Beschuldigte, daß er jetzt wieder seine Freiheit genießt. Dieser Criminalfall, der so viel Aufsehen erregte und die Zeitungen aller Welttheile beschäftigte, ist, um ihn noch einmal zu wiederholen, in Kürze folgender: Die Gräfin Hatzfeld, geb. Fürstin Hatzfeld, ward durch eine Convenienz-Heirath mit ihrem Gemahl verbunden. Beide lebten oft und lange von einander getrennt, der Graf im Sommer auf seinen Landgütern und in den Bädern, im Winter meist in Düsseldorf, von wo er die benachbarten, ihm zugehörigen Jagden besuchte; die Gräfin besuchte ebenfalls Bäder und lebte im Winter meistens abwechselnd in Paris und in Berlin. In Berlin lernte sie in den dortigen Cirkeln den Kammergerichts-Assessor Oppenheim aus Königsberg und den Sohn des Banquier Mendelssohn kennen. Diesen beiden theilte sie mit, daß sie beabsichtige, ihre Ehe zu trennen, daß sie zu diesem Zwecke jedoch Briefe haben müsse, welche ihr Gemahl an die Baronin v. Meyendorf geschrieben und durch die derselbe ihr und ihrer Kinder Interesse gefährdet habe. Die Baronin war auf der Reise nach Paris begriffen und verwahrte diese Papiere in jener famösen Cassette. Die beiden Herren folgten der Baronin und trafen sie in einem der ersten Gasthöfe zu Köln; während die Baronin in dem unteren Saale speiset, setzen sie sich in den Besitz der Schatulle, welche der Bediente aus Nachlässigkeit und da er augenblicklich mit Reise-Effekten überladen war, vor die Zimmerthür seiner Herrin gestellt hatte. Sofort reisen beide Herren mit der Bonner Eisenbahn ab. Die Baronin entdeckt aber sogleich den Diebstahl und beide werden von dem Wirthe, dem sie sich durch ihre schnelle Abreise und ihre augenfällige Unruhe verdächtig gemacht hatten, verfolgt und in dem Wagen des abfahrenden Zuges wahrgenommen. Sie untersuchen unterwegs die Cassette und finden, statt der Papiere, eine bedeutende Summe Geldes. Da sie bemerken, daß sie verfolgt werden und ihre Verfolger sich auf demselben Eisenbahnzuge befinden, sind sie in doppelter Verlegenheit. Während der Zug von Brühl nach Bonn weitergeht, springen sie aus dem Waggon und lassen die Schatulle und ihre eigenen Sachen zurück. Dies Alles wird in Bonn mit Beschlag belegt, das Geld findet sich richtig vor und aus Briefen, die in einem Reiserocke sich vorfanden, werden die Namen der Herren und alle ihre Pläne bekannnt. Folgenden Tages stellte sich der Assessor O. zur gefänglichen Haft, während sein Gefährte von ihm getrennt, allen Verfolgungen Seitens der Polizeibehörden entgangen ist. Während des Verhörs benutzt O. die Gelegenheit, einige Papiere, die ihm zur Recognition vorgelegt waren, zu zerreißen; dies war Ursache, daß er sogleich in das Arresthaus gebracht wurde. Dies ist in kurzen und raschen Zügen der Umriß des Sachverhältnisses und der gegen die beiden Herren vorliegenden Thatsachen.**) Eine Menge anderer Einzelheiten aus dem Leben der gräflichen Familien haben zwar die nähern Veranlassungen hierzu gegeben, allein sie gehören jetzt nicht unmittelbar zu dieser Sache, sie bilden besondere Klagen beider Eheleute gegen einander. Die Brüder und Schwäger Oppenheims haben ihre Angehörigen in Königsberg, Dresden und Berlin sofort durch Estafetten von dem günstigen Ausgange des Prozesses benachrichtigt.

Köln, 23. Novbr. (Barm. Z.) Mehrere unserer Schwindelspekulanten in Grundstücken sollen gezwungen sein, ihre Zahlungen einzustellen und Zweifelsohne werden ihrem Beispiele noch manche solcher Schwindler folgen müssen. Man versichert, ein Spekulant, der sich mit einem grenzenlosen Leichtsinn hineingeritten hat, habe seine noch freien Besitzungen seinen Vorkindern verschrieben, um seinen Gläubigern das Nachsehen zu lassen, wenn er sich zahlungsunfähig erklärt. Ein ähnlicher Kniff ist vor etwa einem Jahre einem andern Spekulanten, der sich auch verrechnet hatte, gelungen. — Allgemein heißt es, unser Oberbürgermeister werde seine Entlassung erhalten und der Landrath unseres Landkreises, Herr Simons, wird als sein Nachfolger bezeichnet. Man will auch wissen, unser zweiter Commandant General-Lieutenant von der Lundt werde seine Stelle nicht behalten.

Aachen, 24. Novbr. (Düss. Z.) In der gestern dahier stattgehabten Versammlung der Actionaire der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn ist, mit Ausnahme der Berliner Actionaire, der einstimmige Beschluß gefaßt worden, die Bahn zu bauen und die Säumigen gerichtlich anzuhalten. Sodann wurde zur Wahl der Direktionsmitglieder und des Verwaltungsraths geschritten.

†† Dorsten, 24. November. — Nicht der Pater Henricus Goßler ist vom Hardenberge hier eingetroffen, sondern nur ein Abgeordneter von ihm, welcher die hier herrschende Aufregung so viel wie möglich mehrt. Er war es, der die Stadtverordneten vermochte, 100 Louisd'ors zu bieten, in der Hoffnung, daß sich Niemand finden werde, der gegen die Manipulationen der frommen Gilde aufzutreten wagen werde. Doch soll sich endlich der Kreis-Physikus Dr. Sebregondi entschlossen haben, endlich gegen den Unfug amtlich einzuschreiten und die Mystificationen zu enthüllen. Man soll dem Dr. Sebregondi von Seiten des Pöbels gedroht haben, ihm das Haus zu demoliren, wie man bereits im vorigen Jahre sich an seinem Garten vergriffen hat. Dr. Sebregondi ist übrigens Katholik und Vater der Maria Lentzen, die schon eine bedeutende Anzahl Erzählungen, zum Theil streng katholische, hat drucken lassen. Wir hoffen, daß, sobald ein neuer Bischof gewählt ist, derselbe einschreiten und dem Unfuge ein Ende machen wird, darum ist man wohl in der ganzen Diöcese Münster nirgends so gespannt, wer zum Bischof erwählt wird, wie hier. Wird der Weihbischof Melchers Bischof, so bleibt die Geschichte beim Alten und die Diöcese in der alten Verwirrung; der Mann ist 80 Jahr alt und sehr schwach. Der thatkräftige Krebbe hat keine Aussicht, da man im Domkapitel die wenigen tüchtigen Arbeiter zu erhalten suchen muß.

Elberfeld, 25. Nov. — Aus Lanzenberg meldet die hiesige Zeitung, daß von dort eine mit vielen Unterschriften bedeckte Verwendung für die Erhaltung der zum Opfer für den Branntwein aufgespeicherten Lebensmittelmassen (Korn und Kartoffeln) an die betreffende Behörde abgegangen ist. Im laufenden Jahre sind nämlich allein in der Rheinprovinz, neben mehreren 100,000 Schfl. Korn, etwa 1½ Mill. Schfl. Kartoffeln in Schnaps und Fusel verwandelt und somit dem rechtmäßigen Gebrauche, der Nahrung für die Armen, entzogen worden!! — In Lanzenberg hat die dortige Eisenbahn-Direction am 21. d. an 300 Arbeiter entlassen, und dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Mehrung des Nothstandes gegeben.

Deutschland.

*† Dresden, 27. Novbr. — Die vom Ministerium des Innern vorgestern erlassene Bekanntmachung über den Ertrag der diesjährigen Ernte hat im Allgemeinen keinen ungünstigen Eindruck hervorgebracht. Dagegen hat eine vom Minister der Finanzen getroffene Verfügung dahin: daß er den Gebrauch, Personen, welche sein Haus besuchen, vor Weihnachten einigemal des Abends bei sich vereinigt zu sehen, wegen des herrschenden Nothstandes für dieses Jahr aufhebe und die Unkosten, welche jene Soiréen verursachten, der Armencommission überweisen werde, unter den Gewerbtreibenden dahier einen wahren Sturm erregt und mehrfache Erwiderungen in unserm Anzeiger hervorgerufen, die alle auf die Meinung hinausliefen: man möge in den höhern Kreisen der Gesellschaft anstatt sich einzuschränken, lieber diesen Winter über etwas mehr aufgehen lassen und damit den Gewerbtreibenden, die von der Theurung am meisten betroffen würden, da sie bei den Hülfs- und Unterstützungsvereinen keine Berücksichtigung fänden, Etwas zu verdienen haben. Daß jene Einschränkung sich nicht auf den Repräsentationsaufwand, welchen Minister v. Zeschau als Vorstand des Ministeriums der Finanzen und des Auswärtigen zu machen hat, beziehen konnte, verstand sich wohl von selbst und wenn nicht die Kenntniß dieses Umstandes, so hat die darauf erfolgte Ueberweisung von 120 Thalern! am besten jene Angriffe widerlegt und die erregten Gemüther beruhigt. Inzwischen sind auch die Getreidepreise nicht gestiegen, da eine reichlichere Zufuhr an einige der bedeutendsten Getreidemärkte die Spekulationen der Kornwucherer nicht begünstigte. Auch verhofft man, daß die vom Stadtrathe und den Stadtverordneten gepflogenen, noch immer in großes Geheimniß gehüllten Berathungen, sehr bedeutende und umfangreiche Vorkehrungen um die hiesige Einwohnerschaft vor den Nachtheilen einer noch größeren Steigerung der Getreidepreise zu bewahren, an den Tag fördern werden, ja man will wissen, daß sie die vom Kornvereine zu Elberfeld in den Jahren 1816 und 1817 getroffenen, damals so außerordentlich erfolgreichen Maßregeln noch übertreffen sollen. Es wird aber Zeit, daß sie in's Leben treten, denn die günstigen Aussichten allein haben den Nothstand noch nicht gemildert, der in den ärmeren Volksklassen vorhanden ist, wie dies vielfache Eigenthumsvergehen beweisen. So wurde noch gestern früh eine Frau in ihrer fast mitten in der Stadt parterre gelegenen Wohnung von 2 Männern überfallen und gezwungen ihnen ihre ganze Baarschaft, die aus etwa 12 Thalern bestand, auszuliefern. Auch scheint bei solchen Gelegenheiten das Entdecktwerden eher gewünscht als vermieden zu werden; geben doch die Gefängnisse nicht nur Obdach, sondern auch Wärme und ausreichende Kost. Die Erwählung des Landtags-Abgeordneten Dr. Schaffrath zum Stadtrichter in Neustadt bei Stolpen, wo er bisher als Advokat praktizirte, scheint bei den Gegnern der liberalen Partei sehr sanguinische Hoffnungen erregt zu haben, da mit Annahme jenes Amtes Dr. S. aus dem Collegium der Stadtverordneten, in welcher Qualität er als Abgeordneter wählbar war und gewählt ward, ausscheidet. Indeß besitzt Dr. S. das Vertrauen seines Wahlbezirks in so hohem Grade, daß der Wechsel in dem Amte einen Wechsel in der Person des Abgeordneten für den 6. städtischen Wahlbezirk keinenfalls hervorrufen wird. — Die neue Gesetzgebungs-Commission, gebildet aus Staatsminister v. Koenneritz, Vorsitzender, v. Langenn, Präsidenten des Ober-Appellations-Gerichts, Ober-Appellationsrath Dr. Held und v. Weber, Ministerialrath, hat ihre Arbeiten begonnen. Zum Referenten für das Civilgesetzbuch ist Dr. Held gewählt worden. — Die Rupp'sche Angelegenheit scheint auf das Wachsthum des Dresdener Zweigvereins der Gustav-Adolph-Stiftung keine vortheilhafte Einwirkung zu äußern, obschon das Protokoll über die Berliner Generalversammlung hier öffentlich ausgelegt und eine dringende Einladung zum Beitritt in jenen Verein erlassen worden ist. Die Zahl der Mitglieder (700 auf

---

*) In der Köln. Z. wird wegen dieser Verletzung des Prinzips der Oeffentlichkeit Beschwerde geführt.

**) Ueber die Verhandlungen selbst, meldet der „Rhein. Beob.": Der Angeklagte gestand ein, daß er in Verbindung mit Andern und namentlich mit dem flüchtigen Dr. Mendelssohn unter verschiedenen falschen Namen am Rhein umhergereist sei, um entlassene Dienstboten des Grafen Hatzfeldt ꝛc. zu allerlei Aussagen zu veranlassen, daß er der Baronin von Meyendorf von Aachen aus nachgereist und ihr im hiesigen Gasthofe zum Mainzer-Hof eine Kassette, während dieselbe beim Einpacken einen Augenblick auf der Flur niedergesetzt war, weggenommen, in einen Koffer des Dr. Mendelssohn, aus dem Kleider herausgenommen, unter das Bett geworfen und zurückgelassen wurden, eingepackt und sich mit dieser Beute davon gemacht habe. Er gestand ferner ein, im Verhörzimmer vier Briefe, die ihm zur Anerkennung vorgelegt werden sollten, zerrissen zu haben. Die Anklage ging dahin, daß der Kammergerichts-Assessor Oppenheim an der Kassette, worin ungefähr 3000 Franken Geld, Schmucksachen, Briefschaften ꝛc. gewesen, einen Diebstahl begangen und sich außerdem der Vernichtung von Beweisdokumenten, die in gerichtlichem Gewahrsam gewesen und zu einer Kriminaluntersuchung gehört hätten, schuldig gemacht habe. Zwei Vertheidiger traten für den Angeklagten auf. Der erste suchte darzuthun, daß die Wegnahme der Kassette kein Diebstahl gewesen, weil der Angeklagte bloß die nach seiner Vermuthung darin befindlichen Briefschaften, nicht aber das Geld ꝛc. zu erlangen beabsichtigt habe und weil das Dasein grade der von ihm gesuchten Briefschaften, da dieselben sämmtlich ihrer Eigenthümerin bereits zurückgegeben, nicht einmal erwiesen sei; der Zweite führte den Satz aus, daß die behauptete Vernichtung von Beweisdokumenten nicht stattgefunden habe, weil die vier Briefe, da sie erst anerkannt ꝛc. werden sollten, noch nicht in die Untersuchungsakten aufgenommen waren, weil sie, da der Instructionsrichter im Augenblick ihrer Zerreißung das Zimmer verlassen hatte und nur der Gerichtsschreiber in diesem anwesend war, sich nicht in gerichtlichem Gewahrsam befunden hätten, und weil, da die Fetzen zurückgeblieben seien und wieder zusammen zu stellen gewesen, keine Vernichtung stattgefunden habe. Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Zweck, zu dessen Erreichung ein Diebstahl begangen werde, den Diebstahl nicht aufhebe, daß Jemand, der bloß Kartoffeln zu erlangen beabsichtige, diese aber in einem Sack stehle, auch den Sack gestohlen habe, daß Derjenige, welcher eine Goldrolle stehlen wolle, statt deren aber eine Kupferrolle finde und nehme, wenigstens dieses Kupfer stehle, und daß demgemäß der Diebstahl der Kassette mit ihrem Inhalte sich nicht in Zweifel ziehen lasse. Ferner wies die Staatsanwaltschaft nach, daß die zerrissenen Briefe gerichtlich in Beschlag genommmen waren und sich auf diejenigen Verhältnisse, um derentwillen der Diebstahl der Kassette unternommen worden, bezogen, daß gerade dem Gerichtsschreiber vorzugsweise die Aufbewahrung solcher Beweisdokumente obliege und daß ihre Zerreißung wie die Zerreißung eines Wechsels ihre Beweiskraft vernichtet habe. Der Präsident des Assisenhofes gab ein Resume der Verhandlungen, worin den Geschworenen unter Anderm gesagt wurde, daß die Definition des Diebstahls im Strafgesetzbuch mit den Worten, die Wegnahme einer fremden Sache müsse „auf eine betrügerische Weise" geschehen, eine Vermögensbeeinträchtigung und Bereicherung fordere (nicht etwa blos die Art des Verfahrens im Gegensatze zur gewaltsamen Wegnahme bezeichne) und die Geschworenen erklärten den Angeklagten sowohl des Diebstahles, wie der Vernichtung von Beweisdokumenten nicht schuldig. Ueber die Familienverhältnisse des Grafen von Hatzfeldt, von denen das versammelte Publikum allerlei Aergerliches zu hören erwartete, kam außer einigen, eigentlich nur dem bereits Unterrichteten verständlichen Anspielungen wenig vor. Als der Angeklagte am Schlusse der Verhandlungen gefragt wurde, ob er noch etwas zu seiner Vertheidigung anzuführen habe, benutzte er dies nicht für sich, sondern nur zu der Versicherung, daß alle Andeutungen in Bezug auf die Gräfin von Hatzfeldt — unbegründet seien.

70,000 Protestanten dahier!) hat sich noch nicht wesentlich vermehrt.

♁ Frankfurt a. M., 26. Novbr. — Ein hiesiges Wechselhaus — Ph. Nic. Schmidt — hat den Auftrag erhalten, Betheiligungs-Unterzeichnungen zu 99¾ pCt. für die Anleihe anzunehmen, welche die für die Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn concessionirte Actiengesellschaft zu contrahiren ermächtigt ist. — In Pfälzer Weinen von der diesjährigen Crescenz sind bereits sehr bedeutende Käufe bewirkt worden. Auf die geringen Weine der früheren Jahrgänge derselben Gegend hat das Ergebniß des letzten Herbstes den Einfluß geäußert, daß deren Preise um 30 bis 40 pCt. im Großhandel gewichen sind.

Vom Rhein, 24. Nov. (Mannh. Abdz.) Mehrere Zeitungsblätter schließen aus der Anwesenheit v. Itzsteins in Kreuznach, daß die Paßbehörde nun geregelt und das Verbot aufgehoben scheine. Wir möchten dies aber bezweifeln. Denn wie aus Zeitungen bekannt geworden ist, hatte v. Itzstein schon früher dem gr. bad. Ministerium angezeigt, daß er wegen eigener Geschäfte die Reise nach Kreuznach und in Familienangelegenheiten, jene nach Koblenz, dem Geburtsorte seiner verstorbenen Frau, machen müsse und hoffe, die königlich preußische Gesandtschaft werde nunmehr seinen Paß unterzeichnen. Der preußische Gesandte in Karlsruhe hat aber dem badischen Ministerium vor einiger Zeit eine ablehnende Antwort gegeben. Indessen war es für v. Itzstein eine Nothwendigkeit geworden, die Reise nach Kreuznach und jene nach Koblenz zu machen. Deßwegen dürfte er die Reise nach Koblenz, wenn das Verbot für ihn und Hecker noch fortbestehen sollte, auch wohl unternehmen.

Mainz. (N. Sp. Z.) Es sollen dem Vernehmen nach aus andern Staaten Adressen hier angelangt sein, welche Gesinnungen der Theilnahme über unsere Bestrebungen für Erhaltung des rheinischen Rechtes aussprechen.

Darmstadt, 24. November. (Gr. Hess. Z.) Fortsetzung der allgemeinen Berathung über den Titel II. der 1. Abtheilung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs — das Eherecht. — Abg. Kilian stellt zuerst das Amendement, „die Kammer wolle beschließen, daß, im Falle die Art. 33 und 37 Tit. II. des Entwurfs angenommen würden, für die Provinz Rheinhessen das dort bestehende Institut der bürgerlichen Trauung beibehalten werden solle“ — und begründet dieses Amendement ausführlich. Der Reg.-Commissair bekämpft dasselbe, geht auch nochmals ausführlicher auf die ganze Sachlage, namentlich die in Rheinhessen veranlaßten Adressen, worauf man sich andererseits berufen, ein. — Weiter sprachen heute noch die Abg. Zulauf, Hügel, Wernher, Köster gegen den Gesetzentwurf oder für die Civilehe, dagegen die Abg. Zeller, Arnold, Schneider, v. Rabenau (Oberst), Stammler, Becker, v. Breidenbach zu Breidenstein für den Entwurf und gegen die bloße bürgerliche Trauung. — Der Gr. Reg.-Commissair entgegnet und erläutert zu verschiedenen Malen das Wort nehmend. — Nachdem nun alle Redner, die das Wort begehrt, gesprochen, auch der Gegenstand in einer vierstündigen Discussion von allen Seiten hinlänglich beleuchtet und erschöpft erscheint, hält der Präsident für angemessen, die Discussion zu schließen. Mehrere Abgeordnete wünschten aber dringend nochmals das Wort, welches ihnen der Präsident auch sofort gestattet. Es entspinnt sich eine weitere, zum Theil sehr lebhafte Discussion. Auch der Regierungs-Commissair ergreift wiederholt das Wort und hebt namentlich noch die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes, der zum erstenmale in einer Stände-Versammlung Deutschlands zur praktischen Anwendung komme, hervor. Gegen 2 Uhr schließt der Präsident auch diese erneuerte Discussion und legt, als die bisher erörterten Prinzipienfragen entscheidend, drei Fragen zur Abstimmung vor: I. „Nimmt die Kammer den Art. des Entwurfs, der die kirchliche Trauung als Regel gesetzlich bestimmt, an?“ Die Frage wird mit 29 gegen 18 Stimmen bejaht. Die II. Frage: „Nimmt die Kammer den Art. des Entwurfs, welcher in Fällen, wo Geistliche, ohne aus Gründen des bürgerlichen Rechts oder der Verwaltung zulässige Ursachen, die Trauung verweigern, bürgerliche Trauung gestattet, an?“ wird mit 31 gegen 16 Stimmen bejaht. — Die III. Frage betraf die Annahme des oben erwähnten Amendement des Abg. Kilian, welches die Kammer mit 30 gegen 17 Stimmen verwarf. — Der Präsident schließt mit einer kurzen Anrede an die Kammer die öffentliche Sitzung, welcher auch heute wieder auf den Tribünen sehr zahlreiche Zuhörer beigewohnt hatten. — Der Präsident der ersten Kammer, Prinz Emil, wohnte diesen sämmtlichen so ausführlichen und gründlichen Berathungen mit ungetheilter Aufmerksamkeit bei, desgleichen verschiedene Mitglieder dieser hohen Kammer, des diplomatischen Corps ꝛc.

Fulda, 25. Novbr. (O.-P.-A.-Z.) In unserer Nachbarstadt Hünfeld sind am 21sten und 22sten d. M. wiederholt Unordnungen vorgefallen. Die dortigen Bürger haben an beiden Tagen mehrere mit Frucht beladene Wagen von jüdischen und christlichen Aufkäufern arretirt und theilweise gegen Erlegung des Preises an sich genommen. Die Früchte waren meist zur Füllung der Magazine unserer Nachbarstaaten bestimmt, wo sich das Fuldaische Getreide beinahe sämmtlich aufgespeichert findet. Es soll sogar schon zu blutigen Thätlichkeiten gekommen sein, so daß Generalmarsch geschlagen, die Bürgergarde requirirt und die Wirthshäuser geschlossen werden mußten. Dies geschah auf Befehl des Bürgermeisters Förster; ihm ist es, wie Augenzeugen erzählt haben, allein zu danken, daß der Volkstumult ohne große Excesse an beiden Tagen vorübergegangen ist.

Stuttgart. Der „Schwäb. Merkur“ bemerkt: „Sicherem Vernehmen nach, hat der ständische Ausschuß beschlossen, die Staats-Regierung zu bitten, eine außerordentliche Stände-Versammlung einzuberufen, um wegen des aufzunehmenden Anlehens für den Eisenbahnbau dem ständischen Ausschusse anderweite Vollmacht zu ertheilen.“

Lübeck, 21. Nov. (Itzeh. W.) Senator Dr. Curtius ist seit 8 Tagen von Frankfurt zurück, das er, so scheint es, gleichzeitig mit dem d. Z. stimmführenden Gesandten der freien Städte, Bürgermeister Dr. Smidt, verlassen hat. Man erwartet indessen, daß wegen der Eisenbahn-Angelegenheit Unterhandlungen mit der dänischen Regierung angeknüpft werden oder bereits angeknüpft sind, Unterhandlungen, zu denen der hiesige Senat, nach der ihm im vorigen Jahre vom Kopenhagener Cabinet zugegangenen Note, die Initiative nicht gut ergreifen mochte.

Altona, 26. November. (Alt. M.) Unterm 20. Nov. d. J. haben Se. Maj. der König den Justizrath Friedr. Emil Wittrock in Kiel, auf sein desfälliges allerunterthänigstes Ansuchen, von seinen Aemtern als Polizeimeister in der Stadt Kiel und Censor zum 1sten Februar k. J. in Gnaden zu entlassen geruht.

Kiel, 26. November. — Die wegen Untersuchung der Nortorfer Versammlung ernannte obergerichtliche Kommisſſon, bestehend aus den holsteinischen Obergerichtsräthen Kammerjunker Eckard und Baron von Brockdorff, wird am nächsten Sonnabend in Kiel eintreffen, um die bereits in Rendsburg begonnenen Vernehmungen hier fortzusetzen.

Schleswig, 24. Nov. (B.-H.) In der heutigen Sitzung der Stände sind die Anträge auf eine schleswig-holsteinische Verfassung und auf Beitritt Schleswigs zum deutschen Bunde mit einer an Einstimmigkeit gränzenden Majorität angenommen. Zuerst war die Abstimmung über den Verfassungsantrag des Herzogs; da die Schlußberathung über denselben schon am Sonnabend gewesen ist, so fand heute darüber gar keine Discussion Statt. Der Antrag ward unverändert angenommen mit 36 gegen 2 Stimmen. Die beiden Dissentirenden sind Agent Jensen und Senator Nielsen. Die Schlußberathung über den Antrag und Anschluß an den Bund war ebenfalls nur kurz. Nur einige Abgeordnete aus den nördlichen Districten, sprachen sich mit Entschiedenheit für den Antrag aus. Gegen denselben redete Senator Nielsen. Bei der Abstimmung waren 34 gegen 3 Stimmen für den Anschluß an den Bund. Die 3 Stimmen gegen den Antrag sind Jensen, Nielsen und Petersen von Dalbye. Etatsrath Lüders enthielt sich der Abstimmung. Falck, welcher bei der Motivirung gegen den Antrag gewesen, stimmte heute dafür. — Am Donnerstag werden die nach Anleitung dieser beiden nun genehmigten Anträge zu entwerfenden Petitionen an den König in der Versammlung verlesen werden. Darauf werden sie dem kgl. Commissarius überreicht, und von diesem ohne Zweifel als gesetzwidrig aus formellen Gründen zurückgewiesen. Welche Folgen diese dann thatsächlich vorliegende Verletzung des Petitionsrechts der Versammlung haben wird, wagen wir noch nicht im Voraus zu bestimmen. — Der Commissar war natürlich bei den heutigen Verhandlungen nicht zugegen. Er entfernte sich, nachdem die Berathung über einen Gesetzentwurf hinsichtlich der Bestrafung einiger Polizeivergehen beendigt war.

Oesterreich.

Wien, 21. Novbr. (O.-P.-A.-Z.) Man will hierorts wissen, die Reise des Prinzen Luitpold von Bayern nach dem Oriente habe als Ziel die definitive Verständigung der Stände Griechenlands, daß dieselben durchaus auf keine Geneigtheit seinerseits zu bauen hätten, auf dem Thron des Königs Otto dereinst zu succediren. In Folge dieser Intention Sr. königl. Hoheit entschied sich kürzlich eine Partei zu eventuellen Gunsten des Prinzen Wasa, höchstwelcher jedoch in gleichem Grade abgeneigt scheint, jenem Ansinnen zu willfahren.

† Wien, 28. November. — Gestern Vormittag 11 Uhr kam Se. kaiserl. Hoheit der Großfürst Thronfolger von Rußland mittelst der Nordbahn hier an und stieg in der Wohnung des kaiserl. russischen Gesandten Grafen v. Medem ab. Täglich erwartet man die Ankunft eines kaiserl. russischen Generals mit Gefolge, welcher die Bestimmung hat, die Leiche J. kaiserl. Hoh. der Großfürstin Marie nach St. Petersburg zu überführen. Der Großfürst Michael ist am 24sten d. nach St. Petersburg abgereist; dessen durchlauchtigste Gemahlin, die Großfürstin Helene, befindet sich noch immer hier; Höchstdieselbe wird sich, wie es heißt, nach Italien begeben. — Der k. k. Bundespräsidial-Gesandte, Graf von Münch-Bellinghausen ist Anfangs dieser Woche von Frankfurt a. M. hier angekommen. — In der letzten Zeit fanden hier wieder mehrere Raubmorde statt. So erschlug kürzlich auf der Straße nach Brünn ein Fuhrmannsknecht einen Juden auf offener Straße, und dieser Tage erhängte hier ein Grenadier der hiesigen Besatzung eine bejahrte Frau in ihrem eigenen Zimmer. Beide Mörder wurden bald nach verübter That eingezogen, und haben auch bereits das Geständniß ihrer Verbrechen abgelegt. — Nachrichten aus Bosnien, welche soeben hier einlangten, schildern den Zustand dieses Landes als einen höchst bedauerlichen. Aller Orten soll es furchtbar gähren, und mitunter die gräßlichsten Gräuelscenen vorkommen. — Der Pascha von Scutari ist in vollster Ausrüstung begriffen. Man ist auf neuere Nachrichten sehr gespannt.

Der österreichische Beobachter sagt: Das Journal des Débats vom 19ten November beschäftigt sich in seinem leitenden Artikel unter andern auch mit einem Correspondenten der „Allgemeinen Zeitung,“ dem zufolge besondere Verträge zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland bestehen sollen, welche die Unabhängigkeit der Republik Krakau wie einen bloßen Versuch betrachten, von dem es ihnen frei stünde, wieder abzugehen. „Europa,“ setzt das Journal des Débats hinzu, „hat nie von diesen Conventionen gehört.“ — Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß wir von Abmachungen des erwähnten Inhalts eben so wenig wissen, wie das Journal des Débats. Versuche solcher Art sind auf dem Gebiete der europäischen Diplomatie nie gemacht worden. — Möchte das erwähnte gewichtige Pariser Blatt sich künftig in Betreff aller Krakau berührenden politischen und völkerrechtlichen Fragen nicht an Privatmittheilungen halb- oder falschunterrichteter Zeitungscorrespondenten, sondern an die authentischen Mitheilungen der Cabinette halten. Dadurch könnte viel unnütze Polemik an der Wurzel abgeschnitten werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Nov. (Kjöbenhavnspost.) Der Kommissar der Regierung hat in der schleswigschen Ständeversammlung eine wackere Demonstration in religiöser Rücksicht gemacht. Hr. v. Scheel spottet über den theaterfeindlichen Rigorismus des orthodoxen Pastor Lorentzen, und vergleicht ihn mit dem seligen Pastor Götze in Hamburg. Wenn man bedenkt, daß die meisten deutschen Regierungen in der Religion eifrig reaktionär sind, und daß die modernen officiellen Theologen sämmtlich Pastor Götze's Schüler und Anhänger sind, und (z. B. Dr. Harms in Kiel), so kann man nicht ohne Interesse bei einem solchen Spaß verweilen, vorausgesetzt, daß er nicht auf höheren Stellen desavouirt werden sollte.

Kopenhagen, 24. Nov. — Durch k. Resolution vom 16. Oct. ist der k. preuß. Regierung eine von ihr verlangte Befreiung vom Elbzoll für etwa 20,000 und vom Sundzoll für 42,000 Scheffel Roggen zugestanden, welche seewärts, die erste Partei von Rathenow ab, die andere von Danzig und Königsberg, an die preußischen Magazine am Rhein abgehen sollen.

Der zuletzt geschiedenen Gemahlin des Kronprinzen, Herzogin Caroline Charlotte Marianna von Mecklenburg-Strelitz, sind von der dänischen Staatskasse für die Zukunft 16,000 Rthr. jährlich zugestanden. Die 6000 Rthl., welche von ihrer Apanage im Rückstande sind, werden vermuthlich zu Pensionen an Hofdamen, den Cavalier (2600 Rbthlr.) u. s. w. darauf gehen.

Russisches Reich.

St. Petersburg, 19. Nov. (H. C.) Zur Widerlegung eines sich jüngst unter den Nationalen der Provinz Livland verbreiteten Gerüchts: als konnten die zur russischen-griechischen Kirche übergegangenen Individuen aus andern christlichen Confessionen, diesen Uebertritt bereuend, wieder zum früheren Glauben zurückkehren, hat der General-Gouverneur Golowin ein Publicandum erlassen, in dem er nachdrücklich gegen diesen Schritt warnt, und die Uebertreter mit allen den strengen Strafen bedroht, die der neue Straf-Codex gegen Abtrünnige und deren Verleiter enthält. Ein zweites Publicandum desselben General-Gouverneurs vom 4. October ist für den Livländischen Grundbesitz wichtig. Es heißt darin: „In Folge höchsten Willens werden diejenigen Livländischen Bauern, die bereits der griechischen Kirche angehören, deren Gesammtzahl man jetzt in beiden Haupt-Districten der Provinz, dem lettischen und esthnischen, zwischen 30- bis 40,000 Individuen angiebt, von allen Obliegenheiten, denen sie, im früheren Verband mit der lutherischen Kirche für die einstweilige Benutzung des grundherrlichen Bodens ihr und ihrer Geistlichkeit schuldeten, befreit; ausgenommen dennoch sind diejenigen von dieser Kategorie, die sich auf den Pastorats-Ländereien angesiedelt befinden. Sie sind gehalten, den Predigern für die Landesnutzung die gehörigen Vergütigungen zukommen zu lassen, nicht nach dem Rechte als Prediger, sondern nach dem grundherrlichen Rechte.“

«–ω Warschau, 26. November. Die Nachricht von der Einverleibung Krakau's in die österreichische Monarchie ist offiziell erst vorgestern hier dem größeren Publikum bekannt geworden. Die Gazeta rządowa brachte nämlich die beiden in diesem Betreff erlassenen kaiserl. Proclamationen. Man kann nicht behaupten

daß die Interessen des hiesigen Handelsstandes durch jenen diplomatischen Act eine wesentliche Beeinträchtigung erlitten, dagegen aber mehr die der Händler in den Städten längs der Krakauer Grenze, sowie überhaupt die Interessen der Bewohner jener Grenzörter. Doch fürchtet man, daß die Regierung im eignen Interesse ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, um die Zollfreiheit Krakaus aufzuheben. — Der hiesige Administrationsrath hat vor kurzem wieder jemanden zur Güterconfiscation verurtheilt. Es ist diesmal jedoch kein Theilnehmer an der letzten Verschwörung, sondern einer von den Emigranten, die an der Revolution von 1831 Theil genommen, und zwar gründet der Administrationsrath sein Verdammungsurtheil auf den Umstand, daß der Betreffende, Namens Matthäus Kleniwski, von der i. J. 1831 ertheilten Amnestie keinen Gebrauch gemacht. Warum da aber so spät das Urtheil erfolgt, erscheint als ein unauflösliches Räthsel. — Vorgestern früh ist der Großfürst Thronfolger hierselbst angelangt und im Palast Belvedere abgestiegen. Ueber den Zweck seiner Reise ist im Publikum noch nichts bekannt.

Frankreich.

Paris, 27. Novbr. (A. Pr. Z.) Das diplomatische Blatt Portefeuille hat gestern ganz kurz angekündigt, daß Graf Molé zum König gerufen worden sei (s. den Artikel Paris in unserer vorgestr. Ztg.) Diese einfache Ankündigung, die allerdings auf einer wahren Thatsache beruht, denn Graf Molé hatte wirklich eine ziemlich lange Konferenz mit dem Könige, hat hingereicht, die Neugierde der Einen, den Erfindungsgeist der Andern zu spornen, und die Ergebnisse des letzteren sind bereits in der Form von allerlei Gerüchten im Umlauf. Sie betreffen eine angeblich bevorstehende Minister-Veränderung, und zwar in der Art, daß namentlich Hr. Guizot und die ihm speciell ergebenen Mitglieder des Kabinets ausscheiden würden, um dem Grafen Molé und mehreren seiner Freunde Platz zu machen. Als Beweggrund zu diesem angeblichen Plane wird die vom König erkannte Nothwendigkeit genannt, England gegenüber sowohl, als in Folge der Einverleibung der Stadt und des Gebietes von Krakau, auch den Höfen von Oesterreich, Preußen und Rußland gegenüber die französische Politik durch Männer vertreten zu sehen, welche nicht, wie Herr Guizot durch seine Rede in der Pairs-Kammer über die galizischen Ereignisse, an eine bestimmte Politik gebunden, also eher zur Annahme vermittelnder Ansichten und Grundsätzen geeignet wären. Demnach würde die Gelegenheit ergriffen werden, auch den Marschall Soult auf eine Weise zurücktreten zu lassen, welche keinesweges sein Selbstgefühl zu verletzen geeignet wäre, indem Herr Guizot, der bisher als sein Erbfolger galt, zugleich mit ihm austreten würde. Graf Molé selbst wird als bestimmt genannt, das Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen und damit zugleich die Präsidentschaft zu verbinden. Der jetzige Intendant der Civilliste, Graf von Montalivet, der schon im Kabinet vom 15. April das Portefeuille des Innern führte, wäre bestimmt, auch diesmal neben Grafen Molé als Minister des Innern Platz zu nehmen. Jedoch sagen wieder Andere, der König sehe ungern die jetzt vortreffliche Verwaltung der Civilliste in andere Hände als die des Grafen von Montalivet übergehen, der sie jedoch, wenn er wirklich Minister würde, nicht beibehalten könnte; andererseits wünsche der König auch den Grafen Duchatel, jetzigen Minister des Innern, nicht aus dem Kabinette scheiden zu sehen, weil derselbe als praktischer Verwaltungsmann gleich hohe Tüchtigkeit besitzt, wie als Redner vor dem Parlamente; daher werde man suchen, den Grafen Duchatel zu bestimmen, daß er auch unter der Präsidentschaft des Grafen Molé seinen jetzigen Posten beibehielte. Graf von Salvandy würde auch in der neuen Gestaltung des Kabinets seinen Platz als Minister des öffentlichen Unterrichts einnehmen, wie bisher. Eben so würde auch der jetzige Justiz- und Kultus-Minister, Herr Martin du Nord, beibehalten werden, welcher gleichfalls Minister derselben Verwaltungszweige unter dem Kabinet vom 15. April gewesen. Das Portefeuille des Krieges bestimmen die Einen dem General Cubières, die Anderen dem Generallieutenant Schramm. Admiral Leblanc, der das besondere Vertrauen des Königs genießt, wird als künftiger Marine-Minister bezeichnet, während Andere den Admiral Mackau auf seinem Posten belassen. Als auszutreten bestimmt wird noch Herr Dumon, der Minister der öffentlichen Arbeiten genannt. Drei Männer werden genannt, als bestimmt, ihn zu ersetzen: Herr Dufaure, dessen Annahme jedoch höchst ungewiß erscheinen würde. Herr Blanqui, der dem Grafen Molé aber zu progressiv sein soll und Herr Hippolyte Passy, der schon früher denselben Posten bekleidete. Das sind die Gerüchte, die im Umlaufe sind. (S. „Letzte Nachrichten.“)

Gestern Nachmittag zwei Uhr wurde der Bey von Tunis mit großem Pomp vom König und dessen Familie in den Tuilerien empfangen. Sechs aufgeputzte Hofwagen holten den Bey aus dem Schlosse Elysee-Bourbon und führten ihn über den Carousselplatz in den Pavillon de l'Horloge, vor welchem zwei Infanterie-Bataillons und eine Abtheilung Kavallerie in Spaliere aufgestellt waren. Militairemusik spielte im Augenblicke der Ankunft einige Stücke. Der König empfing den Bey in dem sogenannten Familiensaale, dessen Wahl als eine eine ganz besondere Auszeichnung gilt. Die Königin, die Herzogin von Orleans, der Graf von Paris und die Prinzen und Prinzessinen des königl. Hauses waren gegenwärtig. Als der Bey am Eingange des Saales erschien, trat ihm Ludwig Philipp einige Schritte entgegen und redete den Bey italienisch an. Diese Aufmerksamkeit überraschte den Bey aufs Angenehmste, denn auch er versteht und spricht das Italienische. Nach einigen Empfangsredensarten in dieser Sprache ging der Bey jedoch ins Arabische über, das der vereidete anwesende königl. Dolmetscher Desgranges dem Könige übersetzte. Letzterer antwortete darauf französisch; er versicherte dem Bey, daß er in ihm (Ludwig Philipp) einen Freund habe und daß Frankreich stets fortfahren werde, Tunis gegen jede mögliche Gefahr zu beschützen. Ahmed-Bey, dessen Benehmen vom Journal des Debats, dessen langem Bericht wir diese Notiz entnehmen, sehr gerühmt wird, dankte für diese Ausdrücke des Wohlwollens, sowie insbesondere für die ihm schon früher durch die Reise-Besuche der drei Söhne des Königs an den Tag gelegte Ehre. Die Herzoge von Nemours, Joinville und Aumale erwiederten im Laufe des Tages den Besuch des Beys im Schlosse von Elisee-Bourbon. Nach dieser Empfangs-Ceremonie fand ein Ministerrath statt, dem der König präsidirte.

In der Börsenwelt, diesem politischen Wetterglase, giebt man allmälig der Hoffnung Raum, daß sich der diplomatische wie der Zeitungslärm wegen Krakau in geharnischte Protestationen und zahlreiche Hin- und Herschreibereien auflösen werde. Nicht Blut, sondern nur Ströme von Dinte, heißt es, werden fließen. — Die hiesige Polizei verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Bewegungen der hiesigen Polen. Sie hatten vernommen, daß letztere einen „Hülferuf“ in Masse ertönen zu lassen gedachten, und beobachtet darum die Häupter der Emigration auf Tritt und Schritt. — Auch der englische Gesandte, Lord Normanby, hatte eine lange Unterredung mit dem österreichischen Gesandten, Grafen von Appony, rücksichtlich Krakaus. Der Sprache der neuesten englischen Journale gemäß zu urtheilen, scheint Großbrittanien in der That zu sehr ernsten Maßregeln gegen Oesterreich, Preußen und Rußland entschlossen. Sämmtliche Morgenblätter bringen mit mehr oder weniger herben Commentaren die Krakauer Dokumente der neuen österr. Behörden.

Prudencio de Popelana, einer der (karlistischen) spanischen Generale, die sich zur Zeit der Flucht des Grafen von Montemolin in Frankreich aufhielten und willkürlich arretirt wurden, sitzt nun schon seit dem 25sten Sept. in der Pariser Conciergerie im strengsten Gewahrsam, ohne verhört worden zu sein und sein Verbrechen zu kennen. Es ist ihm gelungen, einen Brief an den Minister des Innern im Siècle aus seinem Gefängniß zu richten, der einen schreienden Beweis von dem wiedererstandenen französischen Inquisitionsverfahren liefert. Die Gattin des Generals, ihrer Niederkunft nahe und ganz fremd und hülflos in Paris, lebt in der tiefsten Bekümmerniß.

Großbritannien.

London, 21. Novbr. — Während in Irland die Volksnoth zu einer Höhe gestiegen, wie sie trotz der dort herrschenden Armuth früher nicht erlebt worden, bietet unsere Hauptstadt bei dem kolossalsten Reichthum ein schauderhaftes Elend dar, über welches nur gelegentlich der Schleier weggezogen wird. So brachten die Times noch gestern den Fall, daß ein armes Weib eben gestorben, worüber die Todtenschau das Verdikt gab, daß sie Hungers gestorben. Heute, sagen die Times, veröffentlichen wir ein Schreiben von dem Pfarrverweser, wo das schreckliche Ereigniß stattfand, der einen andern noch entsetzlicheren Fall erzählt und der uns versichert, daß er wöchentlich gerufen würde, um ähnliche Beispiele zu sehen, wo Krankheit durch absolutes Verhungern erzeugt und Tod die Folge war. Tod durch Verhungern! inmitten einer volkreichen Stadt die überfließt an allen Mitteln zum Lebensunterhalt, die, von Reichthum überfüllt, jährlich hunderttausende zur Unterstützung der Armen ausgiebt! Die Times vergleichen die Leiden der Londoner Armen mit den Qualen des Tantalus, da sie hier inmitten des überschwenglichsten Luxus und Lebenscomforts zu solchen Entbehrungen verdammt seien. Das jetzige Armengesetz, das man gerechterweise als die Schuld und Sünde des Landes brandmarke, trage Schuld an diesen die Menschheit schändenden Erlebnissen; da die Armen in die Arbeitshäuser nur aus Verzweiflung gehen und die Behandlung und das Leben dort nur von den Gesunkensten erträglich gefunden werden kann, so verhungern die Armen lieber in ihrer nackten Stube, als im Arbeitshause ein Unterkommen zu suchen.

Das Journal des Débats hatte berichtet, daß der preußische Gesandte in Paris dem brittischen Gesandten eine offizielle Mittheilung wegen der Einverleibung von Krakau gemacht habe. Die Morning-Chronicle bemerkt dazu, daß dies ein Irrthum sein müsse, indem die offizielle Mittheilung von einem solchen Vorgange nur durch den preußischen Gesandten in London an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten erfolgen könne. Was daher in Paris an Lord Normanby eröffnet worden sein möge, könne nur privaten Charakter besessen haben.

Die Bigotterie, welche es dahin gebracht, daß auf der Edinburg-Glasgower Eisenbahn des Sonntags keine Beförderung von Personen stattfindet, hat jetzt einen energischen Protest hervorgerufen, der auf der Börse zu Glasgow aufgelegt und binnen einigen Stunden von vielen Hunderten der angesehensten Einwohner unterzeichnet worden. Auch der Stadtrath von Edinburg hat mit 23 gegen 6 Stimmen beschlossen, der Compagnie energische Vorstellungen gegen ihren Vorsatz der „Heilighaltung des Sabbaths“ in dieser Weise zu machen.

London, 23. Novbr. — Die Times hatte in ihrem Artikel vom 18ten d. M. über die Einverleibung Krakau's an Oestreich mit feindseligen Insinuationen gegen die vermuthliche Uebereinstimmung Frankreichs mit den 3 Nordmächten geschlossen. Seitdem haben die ministeriellen Pariser Organe einerseits auch entschieden Partei gegen die Nordmächte genommen, andererseits aber auch eine feurige Polemik gegen jene Schlußsätze des Times-Artikels eröffnet. Diese letztere erklärt nun heute, „es verursache ihr aufrichtiges Vergnügen, zu finden, daß sie der trügerische Anschein irre geleitet,“ als sie die obigen Frankreich feindlichen Bemerkungen gemacht. „Trotz der Spaltungen, die bezüglich eines andern Punktes zwischen den Kabinetten von England und Frankreich bestehen, können wir uns nur freuen, daß ein Ereigniß, gleich diesem, sie mit Gewalt an ihre gemeinsamen Pflichten und Rechte erinnert hat. Einem Streite so zufälliger und in ferner Zukunft liegender Natur, gleich dem aus den spanischen Heirathen entspringenden, kann nicht gestattet werden, diejenigen Verbindungen der beiden Länder zu lösen, welche auf den innersten Grundlagen ihrer politischen Zustände und socialen Bedürfnisse beruhen. In beiden Staaten würde ein Minister seine Pflichten gegen das Volk und die Krone, der er dient, schlecht erfüllen, wenn er alle Punkte, betreffs derer er einig ist, dem einen opferte, bezugs deren er anderer Meinung sein muß. Gerade dieser Zwischenfall der Vernichtung Krakaus ist ein schlagender Beweis von dem Gebrauch, den die andern Mächte von unsern Zwiehelligkeiten zu machen gedenken; aber diese Zwiehelligkeiten sind — und wir freuen uns, dies zu finden — nicht so tief, daß sie die Kraft der unwilligen tadelnden Vorstellungen vernichten oder schwächen könnten, welche zu schleudern die Regierungen Englands und Frankreichs vorbereitet sind und sein müssen.

Nach Angabe eines Pariser Correspondenten der Times soll die Besetzung von Krakau nur ein Vorspiel für die Besetzung der Schweiz und demnächst des Kirchenstaates sein und Rußland unter dem Schutze der allgemeinen Verwirrung seine von Peter dem Großen vorgezeichneten Pläne im Orient zur Ausführung bringen wollen.

Am 21sten wurden vier Deputationen aus verschiedenen Theilen der Hauptstadt bei dem Premierminister vorgelassen, um Adressen wegen sofortiger Freigebung der Getreide-Einfuhr zu überreichen. Lord John Russell erklärte indeß wiederholt, daß er für jetzt keinen Grund zu einer solchen Maßregel erblicke, daß er aber völlig bereit sei, außerordentliche Mittel zu ergreifen, sobald außerordentliche Umstände eintreten.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 281 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Dienstag den 1. Dezember 1846.

Spanien.

Madrid, 18. Novbr. — Der Clamor publico berichtet, Graf Das Antas selbst habe, als ihm das Dekret zugekommen, das ihn seiner Würden und seines militairischen Ranges entsetze, dasselbe seinen Mannschaften mitgetheilt und hinzugefügt, von nun an befinde er sich auf gleicher Stufe mit dem Geringsten im Heere; die Truppen hätten ihn darauf zum General ausgerufen, erklärend, da er von den Ministern der Königin abgesetzt worden sei, so werde er nun von den Truppen zum „General des Volks" ernannt.

(A. Pr. Z.) Nachdem der Herzog von Rianzares auch seine entferntesten Verwandten mit Würden und Reichthum ausgestattet hat, umstellt er mit ihnen den Thron und sucht ihnen Sitze im Senat und Kongresse zu verschaffen. „Was bedeutet es", fragt der sehr gemäßigte Tiempo, „daß nicht etwa ein einzelner Mann, sondern eine ganze Familie um den Thron und die Regierung, über die Politik, über die Verwaltung ein um so gefährlicheres Netz wirft, als es seinen Stützpunkt in dem Schlußsteine des gesellschaftlichen Gebäudes selbst findet?..... Es scheint uns, daß eine verborgene, diesem unglücklichen Lande feindliche Hand aufs neue den Weg von Aranjuez nach Valençay öffnet.".....

Portugal.

(Fr. J.) Es sind Nachrichten aus Lissabon vom 17. November eingetroffen. Sie theilen mit, daß aller Anschein dafür vorhanden war, daß die inneren Zwistigkeiten, welche eine so höchst gefährliche Höhe in Portugal erreicht hatten, in drei oder vier Tagen in gütlicher Weise beigelegt sein würden (wohl in Folge der vermittelnden Schritte des Obristen Wylde.) In Lissabon hatte man keine Nachricht, daß es zu einem Treffen zwischen dem Heere Saldanha's und den insurrectionellen Streitkräften gekommen wäre. Die beiden Heere, gleich stark, standen sich den neuesten Meldungen zufolge, die in Lissabon eingetroffen waren, einander gegenüber. Lissabon war vollkommen ruhig. Die Königin und der König-Gemahl befanden sich im Palaste von Belem. Die britische Flotte lag noch immer vor Lissabon. — Was die finanziellen Angelegenheiten des Landes betrifft, so ist natürlich die Geldnoth der Regierung fortwährend im Steigen begriffen. Die Minister sind daher eifrig mit der Durchführung des Planes einer Vereinigung der Confiança-Gesellschaft mit der Lissaboner Bank beschäftigt, und bezwecken, wie es heißt, die vereinte Societät zur Ausgabe von Papiergeld zum Belaufe von 2000 Contos in Banknoten von 12 Reis (4 Sh.), die als gesetzliches Zahlungsmittel gelten sollen, zu ermächtigen, wogegen dann der Regierung eine Summe von gleich großem Betrage dargeliehen werden soll. Als Vorläufer dieser Maßregel wird man ein königl. Decret vom 14. November ansehen dürfen, das die Decrete vom 23. Mai und 1. Oct., durch welche die Noten der Lissaboner Bank zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wurden, mit dem Hinzufügen erneuert, daß ein Jeder, der diese Noten zurückweise oder Zahlungen in baarem Gelde stipulire, der Strafe der Deportation nebst einer Geldstrafe von 50 bis 500 Milreis verfallen, und daß in Fällen dieser Art weder gerichtliche Cautionen noch Verhandlung vor den Geschwornen-Gerichten statthehmig sein sollen; zugleich werden alle diesem Decrete widersprechende Contrakte unter Privaten annullirt. Das Decret hat besonders unter den in Lissabon ansässigen britischen Kaufleuten große Bestürzung erregt, da dieselben, um nicht an dem schlechten Papiergelde zu verlieren, an ihre portugiesischen Kunden gegen Wechsel auf mehrere Monate Credit zum Belaufe von, wie es heißt, 100,000 Pfd. Sterl. verkauft haben. Ohne Zweifel wird man ihnen indeß durch diplomatische Vermittelung zu helfen suchen. Die Flotte des Admiral Parker, 6 Linienschiffe und 3 Dampfschiffe stark, liegt im Tajo. Von dem Angriffe auf die Fregatte „Amerika" bei Oporto wußte man in Lissabon nichts; die Erzählung ist daher wohl eine leere Erdichtung.

Schweiz.

Luzern. Nach einer Correspondenz des „Schweizer Beten" wäre Staatsschreiber Meier in Turin gewesen, wo er mit der sardinischen Regierung einen Ankauf von Waffen in Betrag von 40,000 Fr. auf Rechnung des Sonderbundes abgeschlossen habe.

Schaffhausen. Die vom Großen Rath angetragene Verfassungsrevision ist vom Volk mit entschiedener Mehrheit, mit 3659 Stimmen verworfen worden, während nur 1687 Stimmen in den 16 Wahlversammlungen dafür fielen.

Italien.

Der Rh. B. läßt sich aus Rom den 13. Nov. schreiben: „Der Enthusiasmus der Liberalen für Pius IX. fängt an sich zu legen, und man sieht bereits aus mehreren Anzeichen, daß die Stellung des Papstes eine sehr schwierige geworden ist. Die Liberalen finden natürlich, daß Pius IX. ihre Wünsche nicht schnell genug befriedigt. In voriger Woche wurde ihm sogar von unbekannter Hand in einem Futteral sein eignes Wappen zugeschickt, außerordentlich schön in Gold gestickt, aber an der Stelle der beiden Löwen, welche das Wappen halten, waren zwei Schildkröten angebracht. Der Papst verstand natürlich den Sinn dieser Sendung augenblicklich, und sagte in Gegenwart mehrer Prälaten, die bei ihm standen, als ihm das Paket übergeben wurde: „Es ist wahr, die Schildkröte geht langsam, aber sie kommt ans Ziel, ohne sich die Haut zu verletzen." Indessen konnte er sich eines wehmüthigen Lächelns nicht erwehren; auch als er am 4. d. vom Besuche der Kirche St. Carlo al Corso zurückkehrte, wobei er von dem Volke kalt empfangen wurde, hatte sein Gesicht einen unverkennbar schmerzlichen Ausdruck, und er soll sich unmittelbar nachher mehrere Stunden in sein Kabinet eingeschlossen haben.

Neapel, 23. Octbr. (Elbf. Z.) Mit Edict vom 25. Juni d. J. unterwarf die hiesige Regierung auf Veranlassung der Zollpächter eine Menge ausländischer Fabrikate einer zeitraubenden und kostspieligen Plombirung. Diese Maßregel bedrohte aufs empfindlichste die mit dem Königreiche beider Sicilien verkehrenden Bandfabrikanten des preußischen Rheinlandes und Westphalens, da künftighin jedes einzelne Stückchen des ordinärsten Baumwollbandes bei der Verzollung mit einem Blei versehen und dafür per Stück 1 Gran neap. (1 Kreuzer Augsb Crt.) entrichtet werden sollte. — Abgesehen davon, daß der besagte Artikel ohnedies schon einem bedeutenden Eingangszolle unterworfen ist, so war diese neue Verordnung des Plombirens einem Einfuhrverbote gleichzustellen. Wir freuen uns deshalb um so mehr, die angenehme Nachricht geben zu können, daß auf vielfache Verwendung des hiesigen preußischen Gesandten, Hrn. Baron v. Brockhausen, sowohl beim hiesigen Finanzministerium als auch bei den Repräsentanten der Zollpächter dieses widersinnige Gesetz der Art modificirt wurde, daß dies in Beziehung auf baumwollene Bänder einer Aufhebung gleichzustellen ist. — Ueberhaupt nimmt sich gedachter Diplomat der Handelsinteressen Preußens und des Zollvereines mit Wärme an und hoffen wir nur, daß es seinen Bemühungen auch gelingen werde, den schon lange Zeit in Unterhandlung stehenden Handelstraktat mit der hiesigen Regierung abzuschließen, was für die Stahl-, Eisen- und Broncewaaren-Fabrikanten Preußens von großem Vortheil sein würde.

Schweden.

Gothenburg, 21. Nov. — Von den Anhängern Erik Janson's sind 40 wieder hier angekommen, um sich nach Nordamerika einzuschiffen, wovon aber 8 an den Masern hier erkrankten, und bleibt es zweifelhaft, ob mehr als 32 noch Schiffsraum finden. Inzwischen hat man Berichte von Amerikanern aus Chicago im westlichen Lande, daß die ersten dieser Sectirer, mit ihrem Propheten Erik an der Spitze (der also doch wirklich die Heimath verlassen hat) dort durchgekommen waren, um sich für ihr Geld in Ländereien, vermuthlich in Wisconsin, anzukaufen. Eine Merkwürdigkeit ist, daß ein Gentleman, schwedischer Offizier, unter ihnen war, der erklärte, wie er keinesweges ihres Glaubens sei, sie vielmehr als Religionsschwärmer, allein biedere, wackere Menschen mit fester Ueberzeugung, erkenne, und daß er deshalb rein freiwillig aus Mitleid sie begleite, um ihnen als Rathgeber und Dolmetsch zu dienen.

Osmanisches Reich.

Vom Bosporus, 11. Nov. (A. Z.) Folgendes ist der Auszug eines Schreibens aus Mossul d. d. 19. Oct.: „Bederhan-Bey hat bereits viele Nestorianer-Dörfer in Schutt gelegt, und eine Menge Weiber, Kinder und Greise ohne Erbarmen niedermetzeln lassen. Alles was sein Schwert erreichen kann, wird diesmal erwürgt, und dieser Fanatiker (oder Scheinfanatiker) hat auf den Koran geschworen das Christenthum bis zur Grenze von Persien zu vertilgen. Was das Entsetzen über solche Gräuel vermehrt, ist der Umstand, daß in allem dem Bederhan-Bey im Einverständniß mit dem Pascha von Mossul handelte. Der Patriarch der Nestorianer, der nach den gräßlichen Auftritten im Gebiet von Dschülamerk im Jahre 1843 eine Zufluchtstätte in Mossul gesucht hatte, wo er seither gewaltsam zurückgehalten wurde, war vor vierzehn Tagen entflohen, um sich mit seinem so hart bedrängten Volke zu vereinigen. Allein er ist etwa 30 Stunden von hier eingeholt und gefesselt nach Mossul zurückgebracht worden." Die Pforte, welche von dem allem unterrichtet ist, sagt nun durch ihr hiesiges Organ, das Journ. de Constantinople, der Pascha von Mossul habe nicht die Mittel gehabt sich jenen Gräueln zu widersetzen!

Amerika.

Philadelphia, 29. Oct. (Fr. J.) Die europäischen Nachrichten über das Mißrathen der Getreideernte haben großen Einfluß auf die hiesigen Getreide- und Mehlpreise gehabt, und nach Ankunft des letzten Dampfbootes wurde Mehl mit 6 Doll. bezahlt; doch ist der Preis wieder auf 5½ D. gewichen, wozu bedeutende Verschiffungen nach England und Holland gemacht werden.

Miscellen.

* Berlin, 28. Novbr. — Die heute ausgegebene Nummer des Militair-Wochenblatts giebt endlich einmal einen Bericht über die hier bereits angestellten Versuche mit der Schießbaumwolle, der aus dem Archiv für die Offiziere der königl. preuß. Artillerie und des Ingenieur-Corps geschöpft ist. Aus demselben geht hervor, daß nach den vorläufigen Versuchen von einer Verwendung der Schießbaumwolle zu Kriegszwecken nicht die Rede sein kann.

Köln, 24. Novbr. — Vor einigen Abenden wurden dahier durch Herumtragen in Privathäusern und an öffentlichen Orten Aufsätze verbreitet, deren Inhalt offen die Tendenz kundgab, durch Vorbringung gröblicher Anschuldigungen gegen die Staatsregierung und durch Erhebung ganz ungegründeter Beschwerden die Gemüther aufzuwiegeln und revolutionaire Grundsätze zu verbreiten. Die auf solche Weise in Umlauf gesetzten Placate scheinen übrigens nur einem verhältnißmäßig kleinen Theile des Publikums zu Gesicht gekommen zu sein; manche Personen sollen dieselben auch gleich nach der Lesung aus Furcht vor unangenehmen Folgen vernichtet haben. Von wem diese unsinnigen und böswilligen Manifestationen ausgegangen sind, soll noch ein Geheimniß sein, dessen Aufklärung sich die zuständigen Behörden ohne Zweifel angelegen sein lassen werden. — Ein gewisser Kaufmann B., welcher vor einiger Zeit, nachdem er fallirt hatte, von hier entwich, und von welchem damals öffentliche Blätter berichteten, daß durch ihn der hiesige protestantische Missionsverein und andere fromme oder wohlthätige Vereine, deren Kassirer er war, bedeutende Summen eingebüßt hätten, ist freiwillig zurückgekehrt, um mit seinen Gläubigern, denen er angeblich 30 bis 40 pCt. bietet, zu accordiren.

Köln, 24. Nov. — Der zweite Hauptgewinn der diesmaligen Lotterie ist nach Köln gefallen und zwar die eine Hälfte an eine Gesellschaft Handwerker, die ein halbes Loos gemeinschaftlich spielte, Wie die Glücklichen ihre schnell erlangten Reichthümer anwenden, darüber cursiren viele Erzählungen, theils wahre, meistens unwahre. Wir sahen indeß gestern einen derselben nach dem Kirchhofe tragen, der seit jenem Glücksfalle sein regelmäßiges ordentliches Leben aufgegeben hatte. Seiner Leiche folgten — sieben unerzogene Kinder.

Ulm, 23. Novbr. — Daß Dr. Altenhöfer von der Redaction der „Allg. Ztg." in Augsburg förmlich zurückgetreten ist, kann nicht anders als Aufsehen erregen. Der Zusammenhang und die näheren Gründe dieses Schrittes sind unerklärt geblieben. Indeß ist es gewiß mehr als Vermuthung, wenn man behauptet, daß dieser Rücktritt eine Folge der gegen ihn gerichteten Angriffe und Anklagen der in London vom Herzog Karl von Braunschweig herausgegebenen Deutschen Zeitung sei. Die eigentliche Stellung der „Allg. Ztg." und das Interesse ihres Verlegers mögen den Rücktritt des wenigstens scheinbar compromittirten Mitredacteurs nothwendig gemacht haben, jedenfalls aber würde das Blatt es zu bedauern haben, wenn es die Hülfe eines talentreichen und gebildeten Schriftstellers für immer einbüßte. (Ulm. Schnp.)

München, 24. Nov. — Zur großen Freude unserer Universität ist der berühmte Sprachforscher und Bibliothekar Dr. J. A. Schmeller der Hochschule, welcher er früher angehörte, durch k. Ernennung zum Ordinarius wiedergegeben worden. (D. A. Z.)

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Tagesgeschichte.

** Breslau, 29. Novbr. — Die von den Stadtbehörden und dem Handelsstande in der Krakauer Angelegenheit nach Berlin gesandte Deputation ist am gestrigen Tage wieder zurückgekehrt. Dieselbe hat bei den höchsten Staatsbehörden für ihre Bitten und Vorstellungen bereitwilliges Gehör gefunden; es konnte die Deputation nur erfreuen, daß die erwähnten Behörden mit ihr vollkommen darin übereinstimmen, daß die Interessen des Handels und der Industrie Schlesiens in Bezug auf die Einverleibung Krakau's in die österreichischen Staaten jede mögliche Berücksichtigung erheischen. Den diplomatischen Verhandlungen bleibt allerdings die Fest-

stellung der Zollverhältnisse vorbehalten, doch kann so viel mitgetheilt werden, daß von Seiten unseres Staates die unbedingte Aufrechthaltung des durch Art. 8 des Tractates vom 5. Mai 1815 begründeten status quo der Zollverhältnisse erstrebt wird; wenn die bereits eingeleiteten Unterhandlungen dieses Resultat erlangten, so würde dann das Gebiet des ehemaligen Freistaates Krakau durch keine Zoll-Linie gegen die Nachbarstaaten abgesperrt und mithin die von der Deputation ausgesprochenen Wünsche Schlesiens vollständig erreicht werden. Am 26. Novbr. war die Deputation so glücklich, Audienz bei Sr. Maj. dem Könige zu erhalten. Die Hoffnung auf eine günstige Lösung der Frage erscheint um so gegründeter, als nicht zu bezweifeln ist, daß der Kaiserstaat Oesterreich bereitwillig einer Anforderung entgegenkommen werde, welche eines Theils von den höhern, der Einverleibung Krakau's zum Grunde liegenden politischen Rücksichten völlig unabhängig ist, andern Theils aber als eine Lebensfrage für die Handels- und Industrie-Interessen unseres dem Kaiserstaate so befreundeten Staates erscheint. So lange freilich die diplomatischen Verhandlungen noch dauern, würde es unvorsichtig sein, ein uns günstiges Resultat schon jetzt als gewiß anzunehmen.

Breslau. Vor etwa 8 Tagen waren 7 Inhaftaten in der Frohnfeste damit beschäftigt, einen Ballen mit Twisten abzuladen, welche dort versponnen werden sollten. Einer der Ballen war so groß, daß er durch die gewöhnliche Pforte nicht eingebracht werden konnte, weßhalb der Spinnmeister beschloß, diesen Ballen durch die gerade geöffnete, nach dem Exerzierplatz führende Hinterthür eintragen zu lassen. Auf dem Wege dahin wußten jedoch die Träger den Ballen zu zerreißen, die Wolle fiel auf die Straße, und unter dem Vorgeben, dieselben auffsammeln zu wollen, fingen die 7 Arrestaten an, sich von einander zu trennen, und ergriffen nach allen Seiten hin die Flucht, ohne daß es dem Spinnmeister gelang, dieselben aufzuhalten. Einer der Entsprungenen kehrte indeß bald freiwillig zum Arrest zurück und die Uebrigen wurden schon in den nächsten Tagen durch die Polizei wieder aufgegriffen. Eines dieser Individuen wurde nämlich schon am folgenden Tage bei einem Taschendiebstahle festgenommen. Drei andere wurden betroffen, als sie eben zur Nachtzeit einen gewaltsamen Einbruch in dem Hause Nr. 28 in der Hummerei begangen hatten. Dort war von ihnen aus einem Keller eine bedeutende Quantität Wein gestohlen worden, und 18 Flaschen davon hatten sie eben vor sich, als die Polizeibeamten sie überraschten, festnahmen und banden. Auf dem Wege nach der Frohnfeste gelang es jedoch einem der Diebe, obschon er gefesselt war, zu entspringen und durch den Stadtgraben hindurch die Flucht zu nehmen. Dieser Mensch hat sogar die unerhörte Frechheit gehabt, den andern Tag zu dem Wirth des Hauses, in welchem er verhaftet worden, hinzugehen, und gegen ihn allerlei Drohungen auszustoßen, weil er die Stricke hergegeben, um ihn zu binden. Ein anderer dieser Gesellschaft wurde von einer polizeilichen Patrouille festgenommen, als er eben mit gestohlenem Wein aus dem gedachten Hause in der Hummerei herauskam, und der sechste sowie der entsprungen gewesene wurden ebenfalls schon in der folgenden Nacht in einem Quartier aufgegriffen, welches sie sich besonders gemiethet hatten. — Alle diese Individuen gehören in die Klasse der sehr gefährlichen Diebe, und man hat alle Ursache mit dem Erfolge der allerdings sehr angestrengten Bemühungen sämmtlicher ausübenden Polizeibeamten zur Aufgreifung dieser Verbrecher zufrieden zu sein. — Bezüglich der öffentlichen Sicherheit sind wir in der abgelaufenen Woche auf demselben Standpunkt stehen geblieben, dessen wir in Nr. 139 d. Bl. Erwähnung gethan haben. Die Zahl der Verbechen gegen das Eigenthum ist nicht unbedeutend gewesen, und sind namentlich in der letzten Woche überhaupt 72 Diebstähle zur Anzeige gekommen. Unter dieser Zahl befanden sich 2 Einbrüche vom beträchtlichem Belange, jedoch wurden bei einem derselben die Thäter, als sie schon einen Theil der Sachen fortgeschafft hatten, ergriffen und verhaftet.

Am 27. brach in der chemischen Fabrik, Klosterstr. Nr. 66 im Hofe, (welche den Hrn. Nitschke nnd Seidel gehört), durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters Feuer aus, welches zwar bald sehr heftig um sich griff, jedoch durch die herbeieilenden Leute des Hrn. Maschinenbauer Hoffmann gelöscht wurde. Einer der Arbeiter ist schwer verbrannt, und stürzte sich um seine brennenden Kleider zu löschen in die Ohlau. Bei der Masse in der Nähe aufgehäufter brennbarer Stoffe hätte hier ein sehr beträchtlicher Brand entstehen müssen, wenn nicht so schnell kräftige Hülfe zur Hand gewesen wäre. (Br. Anz.)

---

* **Aus dem Waldenburger Gebirgs-Kreise,** 28. Nov. — Mit welcher Freude die in Ihrer Ztg. vom 21sten d. Mts. veröffentlichte Ober-Präsidial-Bekanntmachung, betreffend die bewilligte zollfreie Einfuhr aller Getreide-Arten und Mühlenfabrikate aus dem benachbarten Böhmen begrüßt wurde, kann der nur ernstlich empfinden, dem das Wohl, die Existenz des bei uns wimmelnden Proletariats wahrhaft am Herzen liegt, empfinden. Es steht unzweifelhaft fest, daß sowohl Getreide als Mühlen-Fabrikate, namentlich aber auch das Brot in Böhmen billiger ist, als in unserm Gebirge und man erwartete deshalb mit Bestimmtheit, daß auch das Brot frei eingelassen werden würde. Letzteres ist nicht der Fall. — Aber gerade das Brod kann der wirkliche Arme nur kaufen, weil sein geringer Verdienst unmittelbar in den Mund geht. Mehl oder Getreide für sich einzubringen ist ihm daher nicht möglich. Hiernach leuchtet — o der traurigen Wahrheit — leider ein, daß die ausgesprochene Wohlthat dem Armen wenig oder gar nicht zu Statten kommt. Brod ist nämlich, wie schon gesagt, nur allein der Gegenstand, welchen der arme Tagelöhner, Weber oder Spinner vom Auslande begehrt und es kann die häufigere Einbringung desselben in der letztern Zeit den Zollbehörden nicht entgangen sein. Ein armer Tagelöhner, Vater von 6 hungernden Kindern, begab sich vor Kurzem ebenfalls nach Böhmen, kaufte von seinem ganzen aus 16 Sgr. bestehenden Vermögen Brot, welches ihm auf dem Heimwege von den Grenzbeamten confiscirt wurde. Noch mehrere solche wahrhaft traurige Fälle hier zu erzählen, verbietet der Raum, aber denke man sich das Unglück jenes Tagelöhners, als er leer nach Hause kommt, und die Schaar der Seinigen, welche ihm sehnsuchtsvoll entgegenharrten, statt dem Brote, die bleiche, kummervolle, herzzerschneidende Miene des Vaters erblicken! — Der Hert Ober-Präsident unserer Provinz hat mit vieler nicht zu verkennender Mühe die gedachte Zollfreiheit ausgewirkt; möchte doch diese Begünstigung recht bald auch auf das Brot ausgedehnt werden. Zur Vermeidung eines förmlichen Brothandels über die Grenze würde es ja genügen, wenn nur Mengen bis zu einem halben Centner an Brot frei eingelassen würden.

Der D. A. Z. schreibt man aus **Glogau** vom 20. Nov. „Seit meinem letzten Berichte über die hiesige Eisenbahn hat sich die Bahnhofsangelegenheit wenigstens provisorisch arrangirt. Der Einspruch der hiesigen Commandantur gegen die Errichtung des Bahnhofs in der Nähe und unter den Kanonen der Festungswerke ist auf eine Immediatvorstellung der hiesigen Bahndirection in Berlin zurückgenommen worden. Derselbe darf also nahe bei der Festung gebaut werden. Allein es haben Garantien für die Sicherheit der letztern geleistet werden müssen. Dem Vernehmen nach hat eine Summe von 2000 Thlr. zur Disposition der Commandantur deponirt werden müssen, damit im Fall eines Kriegs und wenn Glogau in Belagerungsstand erklärt würde, für dieses Geld der Bahnhof und die Bahn selbst so weit als nöthig demolirt werden könnte. Daß dieses neue Opfer die ohnehin wenig glänzenden Finanzen unserer Zweigbahn noch mehr niederdrücken muß, liegt am Tage. Bei einer weitern Fortführung des Baues nach Osten zum Anschluß an die projectirte Posener Bahn würde noch eine kostspielige Oderbrücke gebaut werden müssen. Und dennoch kann nur die Erbauung der letztern Bahn das Dasein der hiesigen erhalten. Denn bis jetzt decken die Einnahmen der Bahn kaum die Betriebs-, oft kaum die Heizungskosten, da selten mehr als 2 bis 3 Wagen an die Locomotive angehängt werden dürfen. Die Stadt Glogau besitzt übrigens einen sehr großen Theil der unter diesen Umständen natürlich im Cours immer mehr sinkengen Actien."

---

†† **Ratibor,** 6. Nov. — Mit dem letzten Bahnzuge trafen eine Anzahl Tscherkessen ein, um von hier nach Wien Behufs Abholung der Leiche der Tochter der Großfürsten Michael zu fahren. Wie nun überall es ist, daß man fremdartige Erscheinungen zu betrachten sucht, so war es auch hier der Fall, doch wurden auf den Befehl eines anwesenden Mitgliedes des Directorii alle Anwesenden aus dem Bahnhofe und der Restauration gewiesen. Als Rechtfertigung dieser Maaßregel wurde angeführt, daß die Tscherkessen gebeten, allein sein zu wollen, um zu essen, und dies denselben umsomehr gewährt werden müßet, da nach dem Reglement Niemand sich länger als eine Viertelstunde nach Ankunft des Zuges aufhalten soll. Das Mitglied des Directorii suchte auf diese Weise den Anwesenden das kleinstädtische Betragen, wie es derselbe zu nennen beliebte, auszutreiben, vielleicht auch, um selbst desto ungestörter seine Beschauungen fortzusetzen. Ob man sich nicht auch anderwärts diese fremden Krieger ansehen mag? Sonderbar mußte jedenfalles diese Maaßregel erscheinen, da man noch nie von dieser selben Gebrauch gemacht hat, und doch fast immer über die bestimmte Viertelstunde sich Reisende und Gäste auf dem Bahnhofe aufzuhalten pflegten. Mußten da streng genommen die Tscherkessen nicht auch entfernt werden? — Erst Tages vorher wurden in denselben Localen bedeutende athletische Uebungen, woran die höchsten Personen bis zum Weichenzieher sich betheiligten, vorgenommen, und dies lange über die bestimmte Zeit hinaus; aber von einen Hinausweisen war da nicht die Rede. Ist das die berühmte Consequenz?

Handelsbericht.

Breslau, 28. Novbr. — Das Getreidegeschäft hat im Laufe dieser Woche wenig Veränderungen erfahren, und wenn schon in den ersten Tagen in Folge des Viehmarktes mehrere größere Produzenten auch den Getreidemarkt besuchten, und einige Verkäufe bewirkten, so haben sich die Preise doch auf ihrer bisherigen Höhe behauptet, und blieben die angetragenen Parthien rasch und gern genommen.

Man zahlte für **weißen Weizen** 84 à 96 Sgr., für **gelben** 80 à 94 Sgr., für ausgewachsene Sorten 72 à 80 Sgr., für **Roggen** 80 à 88 Sgr., für **Gerste** 54 à 62 Sgr., für **Hafer** 35 à 38 Sgr., für **Futter-Erbsen** 72 à 76 Sgr., für **Koch-Erbsen** 80 à 85 Sgr. per Scheffel.

Rapps blieb sparsam angetragen und erlangten kleine Parthien 76 à 80 Sgr. per Scheffel. **Rübsen** fehlte.

Kleesaamen fand außerordentlich wenig Kauflust, da die Hamburger Preise eine weichende Tendenz angenommen, und unter solchen Umständen zu Aussendungen wenig Aufmunterung vorhanden ist.

Weiße Saat war nach Qualität zu 11 à 8 Rtl., **rothe** zu 9⅔ à 7½ Rtl. käuflich.

Rohes Rüböl flauer und etwas billiger erlassen. Man fordert für Loco-Waare 9⅔ à 7/12 Rtl., doch ist nur 9½ Rtl. zu machen, und dazu auch etwas genommen worden, für spätere Lieferung 10¼ à ⅓ Rtl. Brief.

Spiritus hatte sich im Laufe der Woche succ. im Preise ermäßigt und wurde gestern sogar etwas zu 13⅚ Rtl. erlassen, heute war es damit jedoch fester, und blieb 14 Rtl. mehrfach Geld.

Breslauer Getreidepreise vom 30. November.

	Beste Sorte:		Mittelsorte:		Geringe Sorte	
Weizen, weißer . .	96	Sgr.	88	Sgr.	72	Sgr.
Weizen, gelber . .	94	„	87	„	70	„
Roggen . . .	88½	„	84	„	80	„
Gerste	61½	„	58	„	53	„
Hafer	38	„	37	„	36	„
Raps	—	„	—	„	—	„

Actien-Course.

Breslau, 30. November.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 104 Gld.
dito Litt. B. 4% p. C. 96 Br. 95 Gld
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgest. 96½ G. 97 B.
Niederschl.-Märk. p. C. 86⅚ Br. Prior. 5% 100¼ Br.
Ost-Rheinische (Cöln-Minden) Zus.-Sch. p. C. 86 11/12 u. ⅚ bez.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 97 bez. u. Gld.
Neisse-Brieg Zus.-Sch. p. C. 62 Gld.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 71¼ – ½ bez. u. Br.
Friedr.-Wilh.-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 71 1/12, 71 u. 71 1/12 bez.

Die hier anwesenden Herren Candidaten der evang. Theologie werden aufgefordert, entweder am 8. oder 10. oder 15. d. M. in den Nachmittagsstunden von 2 bis 4 Uhr persönlich sich bei mir zu melden, und die Exmatrikulations-Atteste nach dem Abgange von der Universität oder die Zeugnisse nach bestandner theologischer Prüfung nachzuweisen, um an die Hohe Behörde den erforderlichen Bericht einsenden zu können.

Breslau, den 1. December 1846.

Fischer.

Bekanntmachung.

Die bisherige **allmonatliche** Einhebung des Schulgeldes von denen unsere Gymnasien zu St. Elisabeth und zu St. Maria Magdalena besuchenden Schülern ist mit erheblichem Zeitverluste für den Unterricht verbunden.

Wir verordnen daher hiermit: daß vom 1. Januar 1847 ab, die Bezahlung des Schulgeldes **quartaliter** pränumerando und zwar in den ersten drei Tagen jedes ersten Quartalmonats an den betreffenden Klassenordinarius stattfinden soll. Indem wir die Eltern und Vormünder der Schüler von dieser Bestimmung hiermit in Kenntniß setzen, bemerken wir jedoch, daß wir zur Erleichterung Derjenigen, welchen die Entrichtung des Schulgeldes in Quartalraten zu schwer fallen sollte, auf Ansuchen bei dem Direktor des Gymnasii ausnahmsweise gestatten wollen, das Schulgeld wie bisher auch ferner monatweise, und zwar ebenfalls in den ersten drei Tagen jeden Monats, zu bezahlen.

Breslau den 10. November 1846.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Einrichtung, nach welcher:

1) Jede hierorts wohnende Dienstherrschaft gegen Vorauszahlung von 15 Sgr. auf 1 Jahr die Berechtigung auf unentgeldliche Kur und Verpflegung eines in ihrem Dienste erkrankten Dienstboten in unserm Kranken-Hospitale zu Allerheiligen erlangt;
2) auch jedem Dienstboten selbst freisteht, sich im eigenen Namen durch Einzahlung von 15 Sgr. zu freier Kur und Verpflegung für den Fall zu abonniren, daß er in einem hiesigen Gesindedienste oder innerhalb 14 Tagen nach dem Abzuge aus demselben hierorts erkranken sollte,

laden wir zu diesem Abonnement auch für das Jahr 1847 sowohl alle hiesigen Dienstherrschaften als auch deren Gesinde hierdurch ein.

Die Bedingungen für dieses Abonnement sind noch die nämlichen und zwar:

1) Herrschaften, welche mehr als einen Dienstboten halten und für alle das Recht auf freie Kur und Verpflegung erwerben wollen, haben nur für einen

derselben 15 Sgr. für jeden der übrigen aber nur 10 Sgr. zu zahlen.

2) Die Zahlung des Abonnements-Betrages ist für das ganze Jahr 1847 im Voraus zu leisten und wird solche gegen Ertheilung einer Bescheinigung angenommen: in der Buchhalterei des Kranken-Hospitals selbst; in der städtischen Instituten-Hauptkasse im Rathhause, und im Bureau der Armen-Direction im Armenhause.

3) Wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in der Person des abonnirten Dienstboten stattfindet, so tritt der anderweit angenommene, **insofern er derselben Kategorie angehört**, an die Stelle des Abgehenden.

4) Das Recht auf freie Kur und Pflege für das Jahr 1847 tritt mit Ablauf der ersten 14 Tage nach geschehener Zahlung ein; soll dasselbe also gleich mit **Neujahr** 1847 eintreten, so muß das Abonnement mindestens 14 Tage vorher erfolgen. Wer erst im Laufe des Jahres 1847 abonnirt, entrichtet gleichwohl den vollen Jahresbeitrag.

5) Die Kosten des Transports in das Hospital werden von der Hospitalverwaltung **nicht** übernommen.

Schließlich wird noch bemerkt, daß für diejenigen erkrankten Dienstboten, welche nicht abonnirt sind, die reglementsmäßige Kurkosten-Vergütigung zu berichtigen bleibt. Breslau den 19. Novbr. 1846.

Die Direction des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Bekanntmachung.

Behufs Anlegung der Hundesteuer-Kataster für das Jahr 1847 muß die Aufzeichnung der sämmtlichen am hiesigen Orte vorhandenen Hunde in Gemäßheit der Vorschrift im §. 12 des Reglements über Einführung der Hundesteuer vom 12. September 1837 im Laufe des Monats December c., und zwar bis zum 20ten desselben Monats erfolgen.

Den Herren Hausbesitzern resp. ihren Stellvertretern machen wir dies mit dem Bemerken hierdurch bekannt, daß ihnen die hierzu nöthigen Declarationsformulare binnen Kurzem zur Ausfüllung werden zugestellt werden.

Die Abholung der ausgefüllten Declarationen wird bis zum obenbezeichneten Termine von einem städtischen Beamten erfolgen.

Wir vertrauen, daß die Ausfüllung, auf welche sich das Register und die Steuererhebung stützt, mit Genauigkeit werde vorgenommen werden.

Sind Wacht- und Gewerbehunde pro 1846 mit Freischeinen versehen gewesen, so ist dies mit der Nummer des Scheines in der Rubrik „Bemerkungen" anzugeben.

Gleichzeitig ist hier der Vermerk zu machen, wenn ein Hund am 1. Januar 1847 noch nicht 6 Wochen alt, mithin pro 1. Semester desselben Jahres nicht steuerpflichtig ist.

Auch wird darauf aufmerksam gemacht, daß etwa beantragte Freischeine nur für solche Hunde gegeben werden, die zum Bewachen eines **Gehöftes** oder zum Gewerbe **unentbehrlich** sind. Hunde zur Bewachung müssen am Tage an der Kette liegen.

Wir vertrauen ferner, daß Niemand durch Verschweigung eines Hundes, sei er steuerpflichtig oder steuerfrei, uns in die Nothwendigkeit versetzen wird, die unangenehmen Folgen eintreten lassen zu müssen, welche das Reglement im §. 7 in Beziehung auf die steuerpflichtigen und das Rescript des königl. Ministerii des Innern vom 23sten Juni 1842 Ministerialblatt III. S. 209 in Beziehung auf die steuerfreien Hunde dafür vorschreiben.

Das mehrgedachte Reglement ist der Rathhaus-Inspector **Klug** den Betheiligten auf Ansuchen unentgeldlich zu verabfolgen angewiesen.

Breslau den 14. November 1846.

Die Communal-Steuer-Deputation.

Letzte Nachrichten

Berlin, 30. Novbr. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem in den Ruhestand versetzten Intendantur-Secretair **Meyer** von der Militair-Intendantur des 7ten Armee-Corps zu Münster den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Dem Instrumentenmacher Eduard **Naeter** zu Demmin ist unterm 25sten d. M. ein Patent „auf eine für neu und eigenthümlich erachtete, durch Modell und Beschreibung nachgewiesene Art von Saiten für Pianofortes" auf 5 Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

Das 39ste Stück der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 2770 die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 26sten September d. J., den in den preußischen Strafgesetzen gemachten Unterschied bei Verbrechen und Vergehen gegen das diesseitige oder fremdherrliche Münz-Regal betreffend, nebst dem Münz-Kartel unter dem zum Zoll-Vereine verbundenen Staaten, vom 21. October 1845; unter Nr. 2771 desgleichen vom 5ten v. M., betreffend die Einrichtung eines oberen Schiedsgerichts in Berlin zur Entscheidung aller Streitigkeiten in Renn-Angelegenheiten in zweiter und letzter Instanz; und unter Nr. 2772 vom 16ten d. M., betreffend das Verbot des Betriebs der Schank- oder Gastwirthschaft, ingleichen des Kleinhandels mit Getränken am Fabrikorte selbst oder im Umkreise einer Meile, Seitens der Fabrik-Inhaber und Fabrikanten ꝛc. wie der von ihnen abhängigen Personen.

△ **Berlin,** 29. Novbr. — Zur Vervollständigung des Turnwesens in Preußen soll einstweilen hier eine Bildungsschule für Turnlehrer auf Staatskosten errichtet werden. — Das im Bureau des Justizministeriums zum Besten der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse redigirte Justiz-Ministerial-Blatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege wird mit dem bevorstehenden neuen Jahre eine größere Ausdehnung erhalte, indem höherer Bestimmung zufolge gedachtes Blatt, außer den bisherigen Rechtsgegenständen, nun auch noch wissenschaftliche Aufsätze, Abhandlungen und Ansichten, welche sich auf Rechtspflege beziehen, mittheilen soll. — Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß Hr. v. Kamptz. die Mission erhalten hat, sofort nach Wien zu reisen, um dort die schles. Handelsverhältnisse in Bezug auf den Anschluß Krakau's zu reguliren. — Dem hiesigen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten soll bereits in den letzten Tagen die Protestation von Lord Palmerston gegen die Einverleibung Krakau's in die österr. Monarchie durch einen Cabinets-courrier zugekommen sein. — Man will seit einigen Jahren wahrgenommen haben, daß in der preuß. Armee die Zahl der auf Avancement dienenden Freiwilligen sehr bedeutend nachgelassen hat.

* **Königsberg,** 26. Novbr. — Wiederum ist der unglückseligen Duellsucht unter den Studirenden ein neues Opfer gefallen. Einer geringfügigen Ursache halber forderten der Studiosus Maclean, der Sohn des allgemein beliebten hiesigen Bankdirectors und sein Commilitone K. einander. Bei dem Duell ward dem erstern die Nase abgehauen und nach unendlichem Leiden ist derselbe vorgestern gestorben. Die bedauernswerthen Eltern sind untröstlich über den Verlust ihres hoffnungsvollen Sohnes. — Gestern wurde im Sitzungssaale des Oberlandesgerichtes über die Gültigkeit der Ehe des jüdischen Dr. Falkson mit einer Christin disputirt und resp. entschieden. Viele Rechtsgelehrte hatten sich als Zuhörer eingefunden, indem der Gegenstand das wärmste Interesse rege macht. Als Staatsanwalt fungirte der Stadtgerichts-Director Reuter, Vertheidiger war der Justizcommissarius Besthorn. Im nächsten Berichte hoffe ich den Ausgang der Sache mittheilen zu können. — Gestern fanden Reisende an der Chaussee nach Pr. Eylau einen unbekannten männlichen Leichnam, der schlicht aber anständig gekleidet war; an den Spuren der Verletzungen, die er trug, ließ sich die gewaltsame Todesart erkennen.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (O.-P.-A.-Z.) In der ersten Sitzung der gesetzgebenden Versammlung des Jahres 18 46/47 (2. Novbr.) stellte Dr. **Binding** I. einen Antrag, welcher dahin ging: **im Wege der Geschäfts-Ordnung die Oeffentlichkeit der Sitzungen und Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers zu beschließen.** Zur Unterstützung dieses Antrags trug sofort Herr Jacquet ein zum Protocoll genommenes Votum vor. Alsbald sprachen sich noch viele andere Redner gleichfalls unterstützend für den Antrag aus. Die Bürgerschaft, wird bemerkt, habe das unbestreitbare Recht, sich an dem, was für das Staatswohl geschehe, in jeder Hinsicht zu betheiligen und zu erfahren, in welcher Weise für das Staatswohl gestrebt werde. Sei das Bewußtsein dieses Rechts erwacht, und daß es erwacht sei, werde niemand bezweifeln, so **sei auch zu seiner Verwirklichung die Oeffentlichheit der Verhandlungen geboten.** Würden Gegenstände zu berathen sein, welche man ihrer Natur nach geheim zu halten im Staatsinteresse für zweckmäßig erachte, so solle man, wie in andern Ländern, die Sitzung für eine geheime erklären, und alles sei gewahrt. Könne auch die Befugniß des Besuchs der öffentlichen Sitzungen aus Mangel einer Localität vorerst nicht von allen gleichmäßig ausgeübt werden, so sei dies kein Grund gegen die Oeffentlichkeit. Zur Rettung des Princips müsse man sie bieten. Nach Beendigung dieser Discussion erschien es erforderlich, wegen dieses Gegenstandes vorerst eine Commission zur Prüfung desselben niederzusetzen. Da jedoch die Versammlung zur Zeit sich über eine Geschäftsordnung noch nicht vereinigt hatte, eine solche aber für ihre ferneren Verhandlungen unumgänglich nöthig war, so ließ der Präsident auf desfallsigen Vorschlag die Geschäftsordnung der vorigen gesetzgebenden Versammlung einstweilen provisorisch anzunehmen, dieselbe verlesen und wurde solche ohne Umfrage **provisorisch angenommen.**

Darmstadt, 26. Nov. — Das „Vaterland" veröffentlicht heute folgende Erklärung: „Wir Unterzeichnete, Bürger und Einwohner der Stadt Darmstadt, haben in den letzten Tagen in den Kammerverhandlungen durch Abgeordnete der diesrheinischen Provinzen die Behauptung vernehmen müssen, daß das **Institut der Civilehe** in den älteren Provinzen des Großherzogthums Hessen übel angesehen sei und seine Einführung eine große Aufregung hervorbringen werde. Zweck dieser Erklärung ist, jener Behauptung zu widersprechen. Das Institut der Civilehe hat nämlich in hiesiger Stadt eine große Anzahl Verehrer und die Unterzeichneten selbst zählen sich dazu. Sie thun es, weil sie durch das Institut der Civilehe eben so sehr das Recht, als die Gewissensfreiheit und die bürgerliche Freiheit überhaupt nach allen Seiten hin für gesichert halten, ohne die religiösen Interessen, welchen sie ebenfalls alle wohlverdiente Bedeutung beilegen, zu gefährden. Aber sie zweifeln auch nicht daran, daß, wenn die Bekanntschaft mit dem Institut der Civilehe mehr und mehr in alle Schichten des Volks gedrungen sein wird, man sich mehr und mehr dort damit befreunde. Denn das jetzige Verhalten der Mehrzahl des Volks dazu ist nicht sowohl Abneigung als Gleichgültigkeit, beruhend auf größerer oder geringerer und, wir dürfen wohl hinzufügen, nicht selten gänzlicher Unkenntniß. Die Unterzeichneten wünschen, daß das Institut der Civilehe einen Halt in Deutschland gewinne, und hoffen, daß es früher oder später geschehen werde. Darmstadt, den 25. Nov. 1846. (Folgen die Unterschriften.)"

Am 23sten d. wurde in den hiesigen öffentlichen Schulanstalten, dem Gymnasium und der höheren Gewerbeschule, den Schülern, Leuten von 18—20 Jahren, der **Besuch** der Sitzungen der zweiten Kammer, theils für 14 Tage, theils unbedingt, theils ohne Angabe eines Grundes, theils damit sie die Fremden im Platze nicht beengten, zum Theil mit Androhung von Schulstrafen **verboten.**

Aus Oberbayern, 23. Nov. (Fr. J.) Am 15. d. M. wurde in Ingolstadt das protestantische Gotteshaus feierlich eingeweiht. Einen widerlichen, den christlichen Sinn einzelner Individuen bezeichnenden Vorfall, den der Corresp. v. u. f. Deutschland gar nicht und der Nürnberger Kurier nur annähernd erwähnte, erregte die allgemeinste Indignation aller intelligenten Bürger*) und ist ein neuer Beweis, wohin das Treiben einer in ihren Absichten genug erkannten Partei führt. Man fand am Tage der feierlichen Uebergabe alle Thüren der Kirche mit einem Gemisch von schwarzer Oel-Farbe, Asche Ziegelmehl und Kuhmist beschmiert; das Oberlicht der Hauptthüre war gleichfalls damit übertüncht und das Schlüsselloch derselben vernagelt, so daß man das Schloß abnehmen mußte. Doch wurde das Letztere noch zeitig genug wahrgenommen, so daß die Feierlichkeit des Oeffnens dadurch nicht aufgehalten wurde. Die städtischen Behörden und der königl. Stadt-Commissair, deren wackere Gesinnug gegen die protestantische Gemeinde sich seit ihrer Gründung stets zuvorkommend bewährte, haben bereits die geeigneten Schritte gethan, um die Urheber dieser Frevelthat zu erforschen.

Braunschweig, 26. November. (H. C.) In diesen Tagen wurde hier folgende von den angesehensten Kaufleuten, Aerzten, Juristen, Handwerkern ꝛc. unterzeichnete Eingabe an den ständischen Ausschuß gemacht: „Wenn der Conflikt, welcher während des letzten Landtages sich zwischen der hohen Landesregierung und den Ständen hinsichtlich der Finanzen entsponnen hatte, uns mit Betrübniß erfüllte, so erweckte doch die ruhige Festigkeit und besonnene Ausdauer, mit welcher die hohe Ständeversammlung die Grundgesetze des Herzogthums aufrecht zu erhalten suchte, die freudige Zuversicht in uns, daß die würdigen Vertreter des Landes nicht wanken würden auf dem Boden des verfassungsmäßigen Rechts. Um so schmerzlicher hat uns die Kunde berührt, daß der hohe ständische Ausschuß, wiewohl er einstimmig anerkannt, daß das Grundgesetz des Landes sich fortwährend im Zustande der Verletzung be-

*) Augenzeugen, die dem feierlichen Akt der Einweihung der neuen protestantischen Kirche in Ingolstadt beigewohnt haben, rühmen ausdrücklich die von Seite der katholischen Bevölkerung jener Stadt an den Tag gelegten freundlichen Gesinnungen gegen die protestantische Gemeinde.

finde, den Beschluß gefaßt habe, die geeigneten Mittel zur Wiederaufhebung dieser Verletzung nicht zur Anwendung zu bringen. Obwohl es betrübend ist, wenn die obersten Factoren der Staatsgewalt mit sich in Widerspruch stehen, so können wir doch nicht jedes Mittel gut heißen, um diesen Widerspruch zu beschwichtigen, so können wir es nicht gut heißen, wenn ein hoher ständischer Ausschuß eine Verletzung, die er als solche anerkannt, thatsächlich Jahre lang fortbestehen läßt. Wir sprechen daher, eingedenk der Pflichten gegen unser Vaterland, hierdurch die Hoffnung aus, daß hoher ständischer Ausschuß bei dem gefaßten Beschlusse, sich mit einer wörtlichen Protestation zu begnügen, sich nicht beruhigen, sondern die Maßregeln, welche Recht, Pflicht, Ehre und Consequenz erheischen, ergreifen werde."

Von der galizischen Grenze, 21. Novbr. (H. C.) Man erwartet in Lemberg unverzüglich ein weiteres Gesetz über die Robothen, worin den Bauern neue Zugeständnisse gemacht werden sollen. Als Hauptsitz des Guberniums von West-Gallizien wird jetzt Tarnow bezeichnet. Krakau soll befestigt und alle Handelsfreiheiten, welche bisher Podgorze allein genoß, sollen auch auf Krakau ausgedehnt werden. Die diesfälligen k. Verordnungen über die veränderten Handelsverhältnisse sollen unverzüglich erscheinen.

Paris, 25. Novbr. — An der Börse erfuhren heute sämmtliche Effecten ein rasches Steigen, in Folge der offiziellen Widerlegung des Gerüchts, daß der französische Botschafter in London zurückberufen worden wäre, und in Folge der friedlicheren Sprache der engl. Journale. Auf Eisenbahnactien machte besonders die Nachricht günstigen Eindruck, die Compagnien würden darauf bedacht sein, die Einzahlungen zu erleichtern.

Die ministeriellen Journale bieten mehr und mehr Alles auf, eine Wiederannäherung an England vorzubereiten.

Eine Correspondenz der Augsburger Allgemeinen Zeitung aus Paris, legt dem König Ludwig Philipp, als ihm Herr Guizot die Nachricht von der Einverleibung Krakaus in Oesterreich überbrachte, folgende heroische Antwort in den Mund: „Ich sehe nur Eins, was man thun könnte — eine Flotte abschicken und .... (Venedig) zusammenschießen."

Lord Normanby hat dem Hrn. Guizot Abschrift der Note mitgetheilt, welche Lord Palmerston dem österreichischen Botschafter in Bezug auf den Krakauer Vorgang zugestellt hat. — Wie es heißt, hat Herr von Rothschild sich auf die Nachricht von der Einverleibung Krakaus, von den Unterhandlungen um ein Anlehen für Oesterreich zurückgezogen und erklärt, er könne in diesem Augenblick keine Anleihe für Oesterreich an der Pariser und Londoner Börse negociiren, da er sich nur unpopulair machen werde, ohne die Fonds dazu finden zu können. Man erklärt das seit einigen Tagen, trotz der drohenden politischen Verhältnisse, eingetretene Steigen der Papiere an der hiesigen Börse durch dieses Nichtzustandekommen der österreichischen Anleihe. — Die drei Fraktionen der polnischen Emigration haben sich auf die Nachricht der Einverleibung Krakaus zu einer Partei vereinigt und sich unter die Leitung eines gemeinschaftlichen Comités gestellt, an dessen Spitze der Fürst Adam Czartoryski steht. Der erste Akt dieses Comités ist eine an alle Kabinette und Völker gerichtete Protestation der emigrirten Polen. — Es heißt, daß die Pairs Graf Montalembert, Villemain, Victor Hugo, Herzog von Harcourt, Fürst von der Moskowa und Graf Tascher, die bereits im Mai und Juli d. J. in der Pairskammer so beredt für Polen gesprochen, sich im offiziellen Wege an die Regierung wenden und derselben das von einer großen Anzahl Pairs unterzeichnete Verlangen stellen wollen, die Kammer früher einzuberufen, damit die Regierung Hand in Hand mit den Vertretern der Nation beschließen könne, was sie gegen die drei nordischen Großmächte thun wolle. Der Herzog von Broglie soll den Pairs seinen ganzen Einfluß und sein Votum versprochen haben.

Heute schätzt das **Journal des Débats** sich glücklich, einem Artikel der **Times** von vorgestern über die Krakauer Angelegenheit „ohne Rückhalt beipflichten zu können", da dies Blatt jetzt mit einer Aufrichtigkeit, die ihm zur Ehre gereiche, anerkenne, welche Ungerechtigkeit es begangen, als es ein geheimes Einverständniß zwischen Frankreich und den drei nordischen Höfen vorausgesetzt. Auch freut es sich über die Gründe, welche die **Times** entwickele, um Frankreich und England aufzufordern, „den allgemeinen Interessen der Welt und der Civilisation" ihre besonderen Mißhelligkeiten zu opfern. Mit der versprochenen näheren Beleuchtung des Manifestes über die Besitznahme von Krakau ist das französische ministerielle Blatt ziemlich schnell fertig: es sei darin kein einziges Motiv enthalten, dem man eine ernstliche Erörterung widmen könne; Krakau sei nicht dazu geeignet gewesen, den drei Mächten irgend eine Unruhe zu verursachen, und das Argument, daß sie allein über das Schicksal dieser Stadt zu entscheiden gehabt hätten, stehe durchaus im Widerspruch mit den ausdrücklichen Bestimmungen des Traktats von Wien, wonach alle demselben eingeschaltete besondere Verträge als integrirende Bestandtheile desselben betrachtet werden müßten. Nach diesen Bemerkungen wendet sich das **Journal des Débats** gegen die **Morning-Chronicle**, um wieder über deren „ungerechte und bittere" Sprache zu klagen, in der sich mehr „üble Laune als Redlichkeit oder Scharfsinn" kundgebe. Im Verfolg des Artikels dringen die **Débats** mit aller Macht der Gründe und der Beredtsamkeit darauf, daß Frankreich und England einig sein müssen, und weisen nach, daß aus einer Spaltung zwischen diesen beiden Mächten Gefahr für ganz Europa und dessen civilisirte Zustände hervorgehe.

Die **Presse** enthält folgenden Artikel: Ein von London eingetroffener Courier hat Nachricht gebracht, daß Lord Palmerston in den bestimmtesten Ausdrükken gegen die Handlungen protestirt hat, kraft deren Oesterreich Besitz von Krakau genommen. — Es scheint, daß das von dem Minister auf der Deputirtenkammer gegebene Versprechen, einen französischen Consul nach Warschau zu schicken, die erste Ursache gewesen ist, welche den Akt, gegen welchen England protestirt, motivirt hat. (?)

Eine gestern hier in Folge einer in englischen Blättern enthaltenen Meldung verbreitete Nachricht, daß der Graf St. Aulaire von seinem Gesandtschaftsposten in London abberufen sei, und sich nicht wieder dahin begeben werde, wird heut auf das Entschiedenste sowohl durch die **Débats** als durch **Gal. Mess.** widerlegt. Letztes Blatt erwähnt zwar, daß die Gräfin St. Aulaire nicht mit nach London gehen werde, jedoch nur wegen ihres schwankenden Gesundheitszustandes.

Die Gerüchte von einem nahen Ministerwechsel verstummen schon wieder; indeß behauptet der **Courrier français**, es sei sicher, daß eine ministerielle Krise vorhanden gewesen; wodurch sie hervorgerufen worden, könne man nicht wissen; nur so viel habe verlautet, daß es Zwiespalt im Ministerrath gegeben, doch erfahre man nicht, wovon es sich gehandelt und worin die Uneinigkeit bestanden; vielleicht sei das Gerücht von einer bevorstehenden Veränderung auch absichtlich verbreitet worden, um die öffentliche Aufmerksamkeit irre zu leiten. Auch der Pariser Correspondent der Allg. Pr. Z. meldet: Nach den von mir eingezogenen Erkundigungen, auf deren Verläßigkeit ich zählen kann, wird vorläufig an eine Veränderung des Ministeriums nicht gedacht, wodurch sich alle in dieser Beziehung noch verbreiteten Gerüchte widerlegen.

Eine kgl. Ordonnanz vom 21. d. eröffnet dem Minister der öffentlichen Arbeiten abermals einen außerordentlichen Credit von zwei Millionen zur Herstellung der beschädigten Straßen, Dämme und Brücken.

Gestern Mittag machten sämmtliche Minister, der Marschall Soult an ihrer Spitze, dem Bey von Tunis ihre Aufwartung, die der Bey im Laufe des Tages mit Gegenbesuchen erwiederte. Mit Hrn. Guizot hatte er eine lange Conferenz, der nur der Chevalier Ruffo und Mustapha-Kasnadar beiwohnten. Abends speiste der Bey mit seinem ganzen Gefolge beim König. Die Minister Soult, Guizot und die Konsuln Lagan und Lesseps waren ebenfalls eingeladen. Ehe der Bey dem Könige vorgestellt wurde, hatte der türkische Gesandte Reclamationen erhoben und behauptet, der Bey müsse, sowie jüngst Ibrahim Pascha, als Vasal der Pforte durch ihn vorgestellt werden. Allein seine Reclamation ward ablehnend beantwortet, da Frankreich schon seit Jahrhunderten mit Tunis im directen Verkehre steht und als mit einer unabhängigen Macht mehrere Verträge geschlossen habe.

Es sind, nach Aussage des **Portefeuille**, von hier Depeschen abgegangen an zwei der bedeutendsten diplomatischen Agenten, accreditirt bei den Höfen von Wien und Berlin; man hat denselben eröffnet, ihr Mangel an Eifer und Voraussicht habe dem Cabinet gerechte Ursache zur Unzufriedenheit gegeben. Der russische Geschäftsträger, Herr v. Kisseleff, war bei dem letzten Empfang im Salon des Herrn Guizot zugegen.

Es scheint gewiß, daß der Wiederaufbau der Festungswerke von Hüningen beschlossen ist, und daß ein General vom Genie-Corps bereits dahin abgegangen ist, um die neuen Linien zu entwerfen. Zu den on-dits gehört auch das Gerücht: Der Herzog von Montpensier habe die ganze Aussteuer seiner Gemahlin zur Bestreitung der Baukosten der Festungswerke von Hüningen angeboten.

Es verbreitet sich das Gerücht von einer demnächstigen Bewaffnung der Festungswerke von Paris.

Die Infantin Isabella von Bourbon, Schwester der Infanten Enrique und Francisco (verehel. Gräfin Gurowska), ist von Brüssel hier angekommen und im Palast Elysée-Bourbon abgestiegen. Sonntag wurde sie vom Könige in St. Cloud empfangen, der sie durch seine Vermittelung mit ihrer Familie wieder ganz ausgesöhnt hat. Ihr Gemahl, der Graf Gurowski, soll zum Herzog und Granden erhoben werden.

In Tours ist es am 23. Nov. zu ernsten Unordnungen wegen der hohen Brot- und Fruchtpreise gekommen. Nationalgarde und Linie mußten einschreiten, es kam zu förmlichen Gefechten in den Straßen, eine Barrikade wurde errichtet und genommen und von beiden Seiten haben zahlreiche Verwundungen stattgefunden. Die Behörden behielten die Oberhand. (Die Regierung hat sogleich Truppen-Verstärkungen auf der Eisenbahn nach Tours geschickt.

Im Hafen von Toulon liegen in diesem Augenblick vier tunesische Schiffe, der Dampfer „Dante", eine Corvette und zwei Briggs; eine Fregatte und noch eine Brigg waren erwartet, so daß dann die ganze Seemacht des Beys von Tunis sich in einem französischen Hafen befindet.

London, 24. Nov. — Von den Blättern wird jetzt die Frage erörtert, ob Frankreich und England gemeinschaftlich einen Protest unterzeichnen werden, eine Frage, die der dem französischen dynastischen Interesse ergebene **Standard** zu bejahen scheint, während das Hauptwhigblatt, die **Morning-Chronicle**, sie entschieden verneint. — Einen eigenthümlichen Artikel bringt heute der **Standard**, worin auf Grund mehrerer Korrespondenzen der Augsburger Zeitung gegen Rußland polemisirt wird, indem diese Macht als die allein handelnde in der Krakauer Sache dargestellt und zu einem gemeinschaftlichen Bündnisse zwischen Oesterreich, Preußen, Frankreich und England gegen Rußland aufgefordert wird.

Der heutige **Sun** enthält nun auch einen fulminanten Artikel wegen Krakau, deprecirt aber dennoch den Krieg; „die Liebe zum Krieg," meint er, „hat dem Fortschritt der Wissenschaft weichen müssen; aber die neuen Handlungen der nordischen Mächte haben doch eine mächtige und einmüthige Erwiderung nothwendig gemacht. In den Händen Lord Palmerstons liegt das Schicksal, die Würde und die Ehre Englands."

Die **Morning-Post** will wissen, daß Befehle gegeben worden sind, sofort im Windsorschlosse Wohnungen für die Königin von Portugal und deren Gemahl (Geschwisterkind des Prinzen Albert) und deren 6 Kinder einzurichten, falls sie unfreiwilligen Besuch in England zu machen sich veranlaßt sehen sollten. Dasselbe Blatt meint, Oberst Wylde hätte weiter keinen Auftrag nach Portugal mitgenommen, als der königl. Familie dies Asyl anzubieten.

An der Börse bilden Krakau u. Portugal einen Hauptgegenstand des Gesprächs. Man scheint hier der Herstellung der **entente cordiale** mit Sehnsucht entgegen zu sehen. Anlangend Portugal, so spricht man davon, daß der österreichische Hof der Königin eine Zuflucht bieten dürfte, was man den Connexionen ihres bekannten Rathgebers, Hrn. Dietz, zuschreibt, der ja auch das Ministerium Saldanha in's Leben gerufen.

Von der catalonischen Grenze, 21. Nov. (A. Pr. Z.) Eine Bande von 40 bewaffneten Karlisten war in dem Dorfe Oriols, zwischen Figueras und Gerona, erschienen. Auf die Kunde davon sind sogleich die Linientruppen und die sogenannten Migueletes aufgebrochen, um sie zu verfolgen. Der General-Kammandant der Provinz, General La Rocha, hat sich dadurch veranlaßt gesehen, die Militär-Kommission zur Aburtheilung der Schuldigen wieder einzusetzen. Der spanische Konsul in Perpignan, Don Miguel de Tovar, setzt den General täglich von allen Schritten der carlistischen Auswanderer in Frankreich in Kenntniß, wodurch es dem General möglich wird, überall bei Zeiten seine Maßregeln zu nemen und jeden Versuch zur Aufwiegelung des Volkes sogleich im Keime zu ersticken.

Brüssel, 25. November. — Die Repräsentanten-Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Budgets der Finanzen und des Tilgungsfonds ohne Discussion angenommen. Morgen wird sie sich mit dem Marine-Budget beschäftigen.

Rom, 16. Nov. (O.-P.-A.-Z.) Aus ganz zuverlässigster Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß der Papst unter allen Reformbestrebungen sein vornehmstes Augenmerk auf eine Finanzverbesserung des Kirchenstaates gerichtet hat; veraltete Gesetze in der Administration sollen baldmöglichst zum Vortheile des allgemeinen Besten bedeutend modificirt oder gänzlich abgeschafft werden. Die Localverwaltung der Provinzen unterliegt namentlich großen Veränderungen, und Pius IX. will so viel als möglich die jährlichen Staatseinnahmen mit den Ausgaben gleich gestellt wissen. Der erleuchtete Souverain will zu dem Ende die verhaßte Taxe des **Macinato** und ebenfalls die Salzsteuer und ähnliche Lasten aufgehoben sehen, und dagegen eine Eigenthumssteuer, wovon selbst die geistlichen Güter nicht befreit sein sollen, eingeführt wissen. — Das jüngste Festessen der Männer im **teatro Aliberti** soll demnächst von den römischen Frauen der Bürgerklassen wiederholt werden, und diese Festlichkeit dürfte wohl einen höchst originellen Charakter erhalten.
